1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 36 vom 4. September 1976 10. Jahrgang 50 Pfennig

Erneute Steuererhöhungen bereits beschlossene Sache

Nach den Wahlen kommt das Zahlen!

„Nach den Wahlen kommt das Zahlen" — darüber sind sich alle Bonner Parteien einig. Welche von ihnen auch immer die nächste Bundesregierung stellen wird, die verstärkte Ausplünderung der Werktätigen durch den kapitalistischen Staat ist ihr gemeinsames Programm. Erhöhung der Mehrwertsteuer, „Neuordnung" der Lohnsteuertarife in näherer Zukunft (sprich: Verschlechterung zuungunsten der Werktätigen), Steigerung der indirekten Steuern, vor allem der für Tabak und Branntwein, auf der einen Seite — Steuererleichterungen für die Kapitalisten, neue Subventionen für die Erhöhung ihrer Profite auf der anderen Seite sind längst beschlossene Sache.

Am 19. August kündigte SPD-Finanzminister Apel an: Wenn die SPD/FDP-Koalition am 3. Oktober die Bundestagswahlen gewinnt, wird die Mehrwertsteuer am 1. Juli 1977 von bisher 11 auf 13% erhöht. Elf bis zwölf Milliarden DM werden damit über Preissteigerungen den Werktätigen aus der Tasche gezogen. CDU-Kanzlerkandidat Kohl mochte bei der Aussicht auf einen solchen Raubzug natürlich nicht zurückstehen und ließ seinerseits erklären, daß Steuererhöhungen nach der Wahl „grundsätzlich nicht auszuschließen sind". Und sein „Schatten"-Wirtschaftsminister, der ehemalige Krupp-Direktor Stoltenberg, verkündete kurz darauf: Unumgänglich sei die Erhöhung der Freibeträge für die Vermögenssteuer der Kapitalisten ab 1. 1. 1978; unumgänglich sei die Senkung des Vermögenssteuersatzes auf 0,5% und weitere Sonderabschreibungsvergünstigungen für die Kapitalisten; unumgänglich sei es, den Kapitalisten in den nächsten Jahren Millionen DM an Subventionen in den Rachen zu werfen, damit der „Aufschwung nicht gefährdet wird"; ganz besonders unumgänglich aber sei es, daß die Arbeiter und Angestellten auf „unzumutbare Lohnerhöhungen" verzichteten und sich den „Lohnleitlinien" seiner Regierung beugten.

Das ist das wahre Gesicht der Bonner Parteien, die sich sonst nicht genug als Anwalt der Interessen des „kleinen Mannes" hervortun können, Reden über „soziale Gerechtigkeit" vom Stapel lassen und den Werktätigen besonders in Wahlkampfzeiten das Blaue vom Himmel versprechen: Wenn wir erst an der Regierung sind, wird alles besser... In Wirklichkeit stehen sie alle im Dienst der Kapitalisten, einer kleinen Handvoll finanzkapitalistischer Ausbeuter, der Krupp, Thyssen, Mannesmann, Siemens und wie sie alle heißen. Der Staat, den Apel und Stoltenberg repräsentieren, ist der Staat der Kapitalisten, eine Quelle ihrer Bereicherung durch die Ausplünderung von Millionen von werktätigen Menschen, ein Instrument zur gewaltsamen Niederhaltung und Unterdrückung der Werktätigen, zur Sicherung der Ausbeuterherrschaft der Bourgeoisie, der niemals „friedlich erobert", sondern nur gewaltsam durch die proletarische Revolution zerschlagen werden kann. Das ist das Wesen der Sache.

Von jeder Mark, die heute mehr verdient wird, kassiert der kapitalistische Staat durch Steuern und Abgaben sofort wieder 59 Pfennig. Das ist eine Steigerung der Steuern und Abgaben um das Doppelte in den letzten fünf Jahren. In diesem Jahr werden fast 81 Milliarden DM an Lohnsteuern in die Staatskasse fließen. Das sind 32% des gesamten Steueraufkommens in der Bundesrepublik. In ihrem Halbjahresbericht stellte die Bundesbank fest, daß die Lohnsteuern damit zur hauptsächlichen Einnahmequelle des Staates geworden sind. Noch 1965 betrug der Anteil der Lohnsteuern am gesamten Steueraufkommen vergleichsweise „nur" 16%. Im Juli d. J. stiegen die Lohnsteuern im Vergleich zum Vorjahr um 14,7% und erreichten die Höhe von 7 Mrd. DM. Zur gleichen Zeit fielen allerdings die hauptsächlich von den Kapi-

Fortsetzung auf S. 2, Spalte 1

Roter Antikriegstag 1976



Kurzarbeit bei Mannesmann

Arbeiter sollen die Krisenlasten tragen

Die Kollegen erfuhren die Nachricht aus der Zeitung: Kurzarbeit bei Mannesmann, zunächst für eine Woche im September; mehrere tausend Kollegen, vor allem in den Röhrenwerken Mühlheim und Düsseldorf Rath, sind betroffen. Kurzarbeit auch bei den Röhrenwerken des Hoeschkonzerns in Dortmund-Barop und Hohenlimburg. Die nackten Tatsachen entlarven einmal mehr das Gerede vom „Aufschwung" als Propagandalüge der Kapitalisten.

In einer ersten Stellungnahme dazu erklärte der Mannesmann-Vorstandsvorsitzende zur angekündigten Kurzarbeit, die „Arbeitszeitverkürzung" sei notwendig, „um nicht das Heer der Arbeitslosen zu vergrößern". Diese Äußerung aus dem Munde des Stahlkapitalisten und ehemaligen Nazi-Generals Overbeck ist nichts anderes als eine zynische Verhöhnung der Arbeiter und kleinen Angestellten. Als ob die Mannesmann-Kapitalisten schon jemals das Wohl der Arbeiter auch nur im mindesten interessiert hätte. Ihre Devise ist: alles für den Höchstprofit.

Im Krisenjahr 1975 rationalisierten die Mannesmann-Kapitalisten im Gesamtkonzern 2000 Kollegen weg. 15000 Kollegen wurden durch Kurzarbeit gezwungen, Lohneinbußen hinzunehmen. Im April und Juni dieses Jahres drückten weitere Kurzarbeitsperioden den Lohn noch mehr. Durch Rationalisierung und verschärfte Arbeitshetze wurden noch mehr Tonnen aus den Kollegen herausgepreßt. Für die Arbeiter und kleinen Angestellten war das vergangene Jahr ein Jahr der verschärften Ausbeutung der verstärkten Ruinierung ihrer Gesundheit, gab es noch mehr Schikanen von

Fortsetzung auf S. 4, Spalte 3

Großveranstaltung

zur Grundsatzerklärung der KPD/ML

Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!



Weitere Veranstaltungen finden unter anderem in folgenden Städten statt:
Hamburg, 18. 9.; Stuttgart, 22. 9.; Saarbrücken, 25. 9.; Ludwigshafen, 26. 9.; München, 30. 9.; West-Berlin, 2. 10.; Hannover; Kassel.

AUS DEM INHALT

Die Krupp, Thyssen und Co. streben nach Expansion 2
DDR: Wo Kinder ihre Eltern bespitzeln sollen 3
Manöver des Warschauer Paktes: Demonstration der Stärke Moskaus 3
Westberlin: Arbeiter unterstützen polnische Kollegen 4
zeitungen: Getroffene Hunde bellen! . 5
GEW-Apparat schließt Verband Westberlin aus 6
Staatsanwaltschaft Trier stellt Ermittlungen im Zusammenhang mit dem Tod von Holger Meins ein 7
Massensport im sozialistischen China 8
Dänische Arbeiter kämpfen gegen Lohnstopp und Steuererhöhungen ... 10
Chile: Über die Arbeit der illegalen Arbeiterkomitees 10

Kapitalexport erreicht Rekordhöhe

Die Krupp, Thyssen und Co streben nach Expansion

Die westdeutschen Imperialisten haben in der letzten Zeit die Anstrengungen, ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß in verschiedenen Teilen der Welt zu erhöhen, verstärkt. Charakteristisch dafür ist das starke Anwachsen des Kapitalexports (der Kredite und Anleihen an andere Länder, des Baus von Fabriken und der Gründung von Niederlassungen im Ausland usw.) in den letzten Jahren.

Glaubt man der Propaganda der Imperialisten, dient dies alles lediglich der „Zusammenarbeit" und „wirtschaftlichen Hilfe". Aber die chauvinistischen und anmaßenden Reden z. B. Helmut Schmidts, die sich jetzt häufen, enthüllen deutlich, daß die westdeutschen Imperialisten alles andere als ein „Partner" sind, der die „Zusammenarbeit" sucht: Die Krupp und Thyssen, die Herren der Banken und Konzerne sind gefährliche Räuber, die danach streben, andere Völker und Nationen zu unterdrücken und bis aufs Blut auszuplündern.

Über 11 200 westdeutsche Betriebe haben heute Niederlassungen im Ausland gegründet. In einem einzigen Jahr (1974) steigerten sich die Investitionen westdeutscher Betriebe im Ausland um 60% und erreichten die schwindelerregende Summe von 4,5 Milliarden DM. Wie aus den offiziellen Statistiken hervorgeht, wurde ein Drittel dieser Summe in den Entwicklungsländern angelegt. Unter den Betrieben, die ihre Tätigkeit ins Ausland verlegt haben, sind natürlich alle großen westdeutschen kapitalistischen Monopole zu finden. Sie treibt dabei nicht die Sorge um das Wohlergehen der werktätigen Massen, ihre einzige Sorge ist der Profit, der dabei herausspringt. Es ist daher auch kein Zufall, daß die westdeutschen Imperialisten besonders gern in den Ländern investieren, in denen faschistische Regime die werktätigen Massen blutig unterdrücken. In Brasilien, Indonesien, Spanien, Chile, in Südafrika und Rhodesien drängen sich Krupp, Thyssen, Siemens, BASF usw., um die Rohstoffe zu plündern und die billigen Arbeitskräfte auszubeuten. Die Profite, die sie dabei machen, während auf der anderen Seite Millionen von Menschen in diesen Ländern an Not und Elend, am Rande des Hungers zu leben gezwungen sind, sind enorm. Der Chemiekonzern BASF z. B. holte im vergangenen Jahr aus seinen Niederlassungen im Ausland, vor allem in Lateinamerika, Asien und Australien, einen Profit von 325 Millionen DM heraus.

Die Summe der Privatinvestitionen im Ausland wird noch bei weitem von der Summe der Kredite und Anleihen übertroffen, die der westdeutsche Staat vergibt. „Die ganze Welt ist verschuldet", schreibt z. B. das Regierungsblatt „Stern" voller Stolz. Wenn man die Summe aller Schulden zusammenrechnet, mit der verschiedene Länder bei den westdeutschen Imperialisten in der Kreide stehen, kommt man auf 80 Milliarden DM. An den Krediten und Anleihen verdienen die westdeutschen Imperialisten doppelt. Die Kredite müssen mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden. Oft ist es sogar so, daß bestimmte Länder, um nur die Zinsen und jährlichen Raten abtragen zu können, einen erneuten Kredit aufnehmen müssen und so immer tiefer in Abhängigkeit geraten. Zum anderen aber ist die Gewährung von Krediten mit der Verpflichtung verbunden, den westdeutschen Monopolen lukrative Aufträge z. B. für den Bau von Hafenanlagen, des Schienennetzes usw. zuzuschanzen.

Der Kapitalexport und insbesondere die staatlichen Kredite und Anleihen sind Schlingen um den Hals der Völker, die ihre Abhängigkeit verstärken und es dem westdeutschen Imperialismus erlauben, gemäß seinen expansiven Träumen seinen Fuß in die Tür zu setzen, um die Völker zu unterdrücken und auszuplündern.

Die westdeutschen Imperialisten beschränken ihr Expansionsstreben natürlich nicht nur auf die Entwicklungsländer. Indem die westdeutschen Imperialisten sowohl aus der Hilfe als auch aus der Rivalität der beiden imperialistischen Supermächte USA und Sowjetunion ihren Nutzen ziehen, bemühen sie sich gerade jetzt darum, ihren „Verbündeten" innerhalb der EG ihren Willen aufzuzwingen, ihnen Schwierigkeiten zu bereiten und sie zu schwächen. Ein typisches Beispiel dafür ist Italien, das nach einem 5 Mrd.-DM-Kredit jetzt weitere 3 Mrd. von den westdeutschen Imperialisten erhält. Aber diese Kredite sind mit bestimmten Auflagen verbunden, und Schmidt hat sich mehr als einmal das Recht herausgenommen, sich offen in die italienischen Angelegenheiten einzumischen.

Die deutschen Imperialisten haben die Welt zweimal in einen Krieg gestürzt. Sie haben auch heute ihre Träume von einer „Weltmacht Deutschland" nicht aufgegeben. Neben den beiden Supermächten, deren Rivalität die Welt in einen neuen Krieg zu stürzen droht, bereiten auch sie sich darauf vor, sich an einem solchen Krieg zur Verwirklichung ihrer Träume zu beteiligen, wenn sie nicht vorher durch die proletarische Revolution ein für allemal an der Verwirklichung ihrer verbrecherischen Pläne gehindert werden.

Kurz berichtet

STUTTGART

Am Wochenende zwischen dem 20. und 22. 8. veranstaltete die D„K"P in Stuttgart ein Sommerfest. Die Partei stellte dazu ein kleines Warnungsplakat her, verteilte Flugblätter. Beim Kleben der Plakate stürzten sich D„K"P-Schläger auf Genossen und schleppten sie auf die Polizeiwache. Sie konnten jedoch nicht verhindern, daß rund 250 Plakate geklebt wurden und eine Parole direkt beim Festplatz gemalt wurde.

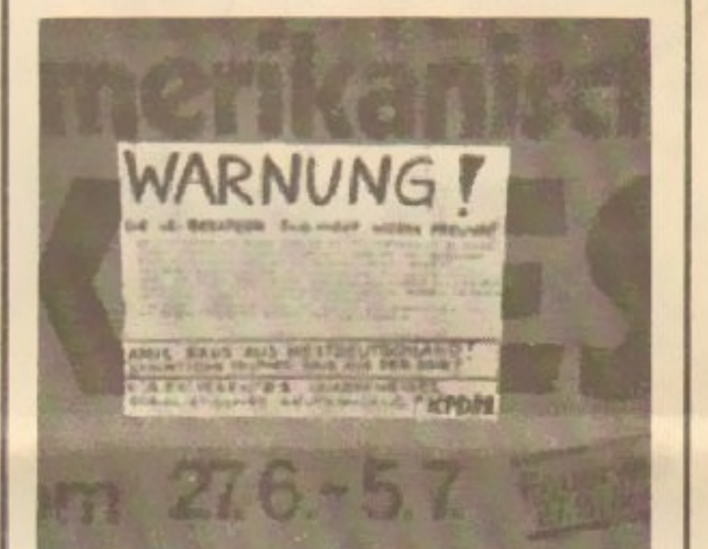
Am Wochenende selbst wurden Flugblätter verteilt und an einem Stand der Überfall der russischen Sozialimperialisten auf die CSSR angeprangert. Beim Festplatz selbst wurde eine Kundgebung abgehalten. Schon von weitem waren mehrere Parteifahnen und ein Transparent zu sehen. Bei dieser Kundgebung verkauften die Genossen 20 „Rote Morgen" und bekamen zwei neue Adressen.

KASSEL

Am gleichen Wochenende veranstaltete die D„K"P (Kassel) ihr jährliches „Fest der Arbeiterpresse". Sie baute ein großes Zelt auf, klebte viele Plakate und versuchte, die Werktätigen mit ihren üblichen Mitteln (Pop, Beat usw.) dorthin zu locken. Einige Tage vorher klebte die Partei in mehreren Stadtteilen Warnungsplakate, an 2 Abenden wurden vor dem D„K"P-Zelt Flugblätter verteilt, die zum Boykott aufriefen. Gemeinsam mit der GRF wurde eine Kundgebung durchgeführt. Die Erwartungen der D„K"P wurden sicher enttäuscht, denn an 2 Tagen kamen abends nicht mehr als jeweils 100-130 Menschen.

GIESSEN

Im Juli fand in Gießen ein „Deutsch-amerikanisches Volksfest" statt. Die Partei klebte dazu an über 15 zentralen Stellen der Stadt diese Warnschilder, die von der Bevölkerung aufmerksam gelesen wurden:



DUISBURG

Am 28. August veranstaltete die OG Duisburg der Partei einen Kulturabend anläßlich des 20. Todestages von Bertolt Brecht. In einem Referat wurde das Werk Brechts gewürdigt und anhand von vielen Tonband-Beispielen mit Liedern, Szenen und Gedichten ein Querschnitt durch sein revolutionäres Schaffen vorgestellt. Der Kulturabend stieß auf reges Interesse, und eine ganze Reihe neuer Freunde nahm daran teil. Bei einer anschließenden Versteigerung eines revolutionären Bildes wurden 230 DM für die Partei gespendet.

BERICHTIGUNG

Wir haben vor einiger Zeit in dieser Spalte gemeldet, daß sich im Juni 1976 der KSB/ML Göttingen gründete. Das war leider eine Falschmeldung. Die noch bevorstehende Gründung des KSB/ML Göttingen steht auch nicht in direktem Zusammenhang mit dem Austritt einiger Genossen aus dem örtlichen KSV, wie wir ebenfalls geschrieben hatten. Dieser Fehler beruht auf einem Mißverständnis.

Nach den Wahlen kommt das Zahlen

Fortsetzung von Seite 1

talisten bezahlten Steuern beträchtlich. So die veranlagte Einkommenssteuer um 22,6% auf 491 Mio. DM und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sogar um 24,5%.

Diese Zahlen zeigen, daß die Ausplünderung der Werktätigen durch den kapitalistischen Staat ein Ausmaß wie nie zuvor erreicht hat. Die Ankündigungen Apels und Stoltenbergs, die schon beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuern um 20% und der Tabaksteuern um 18%, die geplante „Neuordnung" der Lohnsteuertarife — die nur eine Verschlechterung für die Werktätigen bringen kann, denn wann hätte man schon jemals gehört, daß die Steuern im Kapitalismus für die Werktätigen gesenkt worden wären — machen klar, daß die Ausplünderung der Werktätigen in der Zukunft noch gesteigert werden soll.

Wofür werden die Riesensummen, die den Werktätigen in jedem Jahr aus der Tasche gezogen werden, verwendet? „Wir brauchen das Geld und vor allem die Erhöhung der Mehrwertsteuer, um die Löcher in der Staatskasse zu stopfen", erklärte Apel. Aber wie sind diese Löcher entstanden, wohin ist das ganze Geld geflossen?

Jeder kann sehen, daß die Steuern, die den Werktätigen abgepreßt worden sind, nur zu einem minimalen Teil für die Bedürfnisse der Werktätigen ausgegeben werden, wobei dieser Teil von Jahr zu Jahr noch mehr reduziert wird.

Von Jahr zu Jahr werden die gesundheitliche Versorgung der Werktätigen eingeschränkt, Krankenhäuser dichtgemacht und die Zahl der Planstellen in den Krankenhäusern verringert. In den Schulen herrscht Lehrermangel, eine große Zahl von Lehrern ist arbeitslos, während die Klassen überfüllt sind. An den Universitäten gibt es nach wie vor den „numerus clausus". Im Staatshaushalt des letzten Jahres wurden die Ausgaben für den Wohnungsbau, für die Ausbildungsförderung und die Zuschüsse für die „Bundesanstalt für Arbeit" beträchtlich gekürzt. Neue Angriffe sind auf die Rentenversicherung geplant.

Nutznießer der Steuererhöhungen sind einzig und allein die Krupp und Thyssen. Für die Sicherung ihrer Ausbeuterherrschaft über das Volk, die Faschisierung und den Ausbau des Staatsapparates, Polizei, Justiz, Bundesgrenzschutz usw. wird der größte Teil der den Werktätigen abgepreßten Steuern verwendet. Die kapitalistischen Monopole verdienen nicht nur Millionen an den Staatsaufträgen, sie verdienen auch noch einmal an den Subventionen, die ihnen in den Hals geworfen werden, angeblich um die Arbeitsplätze sicherer zu machen, in Wirklichkeit aber, um den Ausbeutungsgrad der Arbeiter zu erhöhen, die Betriebe durchzurationalisieren und die überflüssigen Arbeiter auf die Straße zu werfen. Der größte Teil der Staatsaufträge fließt in die Taschen der Rüstungskonzerne. Für die Vorbereitung eines neuen Krieges an der Seite der amerikanischen Imperialisten, den Ausbau der Bundeswehr und die Zahlung an die amerikanischen Besatzer werden in diesem Jahr fast 50 Mrd. DM ausgegeben. **Nimmt man alles zusammen, werden über 2/3 des hauptsächlich durch die Steuern finanzierten Staatshaushalts entweder direkt den Monopolen in den Rachen geworfen oder zur Niederhaltung der Volksmassen und der Vorbereitung neuer Kriege verwendet, während sich die Lage der Werktätigen immer mehr verschlechtert.**

Der kapitalistische Staat ist der Feind der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen. Daran wird sich, wer auch immer an der Spitze dieses Staates steht, nichts ändern.

Neuerscheinung

ES LEBE DIE REVOLUTIONÄRE FREUNDSCHAFT ZWISCHEN DEN WERKTÄTIGEN POLENS UND DEUTSCHLANDS

Dokumente des gemeinsamen Kampfes der Kommunistischen Partei Polens und der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

VERLAG ROTER MORGEN

Neuerscheinung aus der Reihe: „Die marxistisch-leninistische Weltbewegung wächst und erstarkt", Heft Nr. 5, Preis: 1,50 DM

Zu bestellen bei: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus Postfach 11 16 49, 2 Hamburg 11, Tel.: 040 / 410 17 36

Offen gesagt ...

kapitalistische Bildungspolitik

In mehreren Bundesländern sind die Sommerferien zu Ende, das neue Schuljahr hat begonnen. Nicht wenige Eltern waren empört, als sie nach dem ersten Schultag die Stundenpläne ihrer Kinder sahen: Da waren die Unterrichtsstunden gegenüber der Vorklasse nicht mehr, sondern weniger geworden. Zu wenig Lehrer, zu wenig Geld, heißt es.

Keine vier Jahre ist es her, es war Wahlzeit, da hörte sich das alles ganz anders an. Es war die Rede vom „Recht auf Bildung", und es hieß: „Eine bessere Ausbildung für unsere Kinder!" Was aus diesen großen Worten geworden ist, darüber gibt eine kürzlich angestellte Untersuchung Aufschluß. Danach sind in Schleswig-Holstein im letzten Schuljahr in den 7. Realschulklassen z. B. statt der vorgeschriebenen 35 Schulstunden nur 28 bis 31 pro Woche gegeben worden. Und in Rheinland-Pfalz erhielten im letzten Schuljahr rund 65.000 Berufsschüler (das sind 66,7%) nur acht oder weniger Stunden Unterricht! Der Gipfel ist wohl das Beispiel einer Bremer Grundschule, wo in einer zweiten, einer dritten und einer vierten Klasse nur zwei Stunden Unterricht am Tag erteilt werden.

Ist das das „Recht auf Bildung"? Viele Eltern sind empört über die Situation an den Schulen. In Schleswig-Holstein haben vor gut zwei Wochen 96 000 Eltern mit ihrer Unterschrift gegen die Kürzung des Schulunterrichts protestiert. Besonders empört aber sind viele darüber, daß es durchaus genug Lehrer gibt, während die Schulstunden gestrichen werden. Fast 5 000 Lehrer sind arbeitslos, und ihre Zahl soll in den nächsten Jahren sich noch erheblich erhöhen. Zugleich gibt es knapp zehntausend Lehrer, die praktisch zu Kurzarbeit gezwungen werden. Sie dürfen nur 14 Stunden in der Woche unterrichten. Dafür erhalten sie in Bremen dann den Hungerlohn von 886 DM brutto. Ihre Verträge laufen jeweils ein halbes Jahr.

Angesichts der Proteste der Werktätigen erklärten einige Kultusminister, daß „Maßnahmen ergriffen" würden. Doch worauf laufen diese Maßnahmen hinaus? Auf eine bessere Ausbildung? Ein Beispiel sind die Maßnahmen des niedersächsischen Kultusministers Remmer. Seine Maßnahmen gegen den Stundenausfall sehen so aus, daß er kurzerhand die Pflichtstundenzahl für verschiedene Klassen senkte — und schon war auf dem Papier der offizielle Stundenausfall verringert — ohne daß ein Lehrer mehr eingestellt oder auch nur eine Mark für das Bildungswesen mehr ausgegeben worden wäre. In der Tat, ein Musterbeispiel für kapitalistische Bildungspolitik!

Was aber bedeutet das für unsere Kinder in den Schulen? Sie haben den Lehrstoff sich mehr oder weniger allein anzueignen. Ob sie das schaffen? Das ist dann ja ihre Sache. Die Folge aber ist: Die Kinder lernen weniger, die Zensuren sacken ab, die Belastung der Kinder steigt ständig an. Das Ergebnis ist nicht selten, daß die Schüler am Ende des Schuljahres, wenn es um die Versetzung geht, reine Nervenbündel sind.

„Für eine bessere Ausbildung unserer Kinder"? Das ist angesichts der heutigen Lage ein reiner Hohn der Herren in Bonn. Sicher, an irreführenden, laut herausposaunten „Modellen" und „Experimenten" hat es nicht gefehlt. Doch sie alle liefen im Grunde genommen auf eines hinaus: Die Ausgaben des kapitalistischen Staatsapparates für die Schulbildung der werktätigen Massen zu senken, das Ausbildungswesen im Sinne des Kapitals zu rationalisieren. Soviel Ausbildung wie unbedingt notwendig — kein bißchen mehr — so hat stets das Schulprogramm im Kapitalismus für die Werktätigen gelautet. Unterrichtsausfall auf der einen Seite, arbeitslose Lehrer auf der anderen Seite zeigen, daß dies trotz aller demagogischer Versprechungen der Bourgeoisie im Kapitalismus auch so bleiben wird.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Bäthies, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o.a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Korrespondenz eines DDR-Besuchers

Wo Kinder ihre Eltern bespitzeln sollen

Wer sich die DDR vorstellt als Land, auf dessen Straßen sich ständig irgendwelche uniformierten Unterdrückungskräfte der Besatzer tummeln, der irrt sich. Die uniformierten Kräfte (Vopo, NVA, russische Besatzer) halten sich im Hintergrund. Die Unterdrückung äußert sich anders, nämlich versteckt und damit viel hinterhältiger.

Daß die Werktätigen deshalb vorsichtig sind mit Äußerungen politischer Art, ist bekannt, denn für eine „leichtfertige" Äußerung kann man schnell für zwei Jahre im Knast oder einem der berüchtigten Lager verschwinden.

Ein Kollege (er meint, die Sozialfaschisten würden Marx und Lenin in ihr Gegenteil verkehren) berichtete mir von einem Vorfall, der sich 1968 ereignete: Damals kritisierte ein Arbeitskollege öffentlich und vor Vorgesetzten im Betrieb den imperialistischen Überfall auf die CSSR. Später wurde er verhaftet und kurz darauf zu zwei Jahren Gefängnis wegen „staatsfeindlicher und antisozialistischer Propaganda" verurteilt. Seine Familie erfuhr erst ein Jahr nach der Verhaftung vom Aufenthaltsort dieses politischen Gefangenen. Kein Wunder, wenn der Kollege, mit dem ich diskutierte, das System in der DDR folgendermaßen einschätzte: „Dies ist eine Diktatur wie bei Hitler und zum Teil noch schlimmer."

Die Sozialfaschisten versuchen besonders auch die Kinder und Jugendlichen für ihre Politik zu gewinnen. Sie scheuen nicht davor zurück, auch Kinder als Spitzel zu gebrauchen. So erklärte mir ein anderer Kollege, daß er im Gespräch mit seinen Kindern seine wirklichen Ansichten verberge, „um nicht mit der Schule Ärger zu bekommen." So tragen die Revisionisten über die Schule den Maulkorb bis in die Familie.

Noch ein Erlebnis. Es ist bekannt, daß in den westlichen Teilen der DDR mehr westdeutsches Fernsehen gesehen wird als DDR-Programm. Eine Familie, bei der ich zu Gast war, berichtete über die Schwierigkeiten, die für sie damit verbunden sind. So müssen sie stets darauf achten, daß Fenster und Türen geschlossen sind. Warum? Wegen des Ehepaares, das nebenan wohnt. Er ist nämlich Leiter des größten Kombinats am Ort, sie Mitglied der Bezirksleitung der SED. „Wir würden große Schwierigkeiten bekommen, wenn diese Leute mitbekämen, daß wir das Westfernsehen anstellen", wurde mir gesagt.

Diese Beispiele ließen sich fortsetzen. Mein Eindruck war: Bespitzelung und Kontrolle überall.

Aber die Sozialfaschisten werden den Widerstand des Volkes nicht auslöschen können. Kaum ein einfacher Arbeiter ist bereit, mit den Behörden oder der SED zusammenzuarbeiten. Stattdessen kapseln sie sich vor der Bespitzelung ab und wollen nicht mit der SED in einen Topf geworfen werden. Auch hierfür ein Beispiel: Als ich bei einem Kollegen zu Hause war, entdeckte ich im Bücherschrank den revisionistischen Roman „Schlacht unterwegs". Als ich mein Interesse äußerte, das Buch einmal zu lesen, schenkte es mir der Kollege. Da ich keinen weiten Weg hatte, wollte ich mir das Buch beim Abschied einfach unter den Arm klemmen. „Bloß nicht", stoppte mich mein Kollege, wir gehören doch nicht zu diesen ‚fortschrittlichen Menschen' (gemeint waren die SEDler), du nimmst eine Tüte."

Auch zu Streiks ist es schon gekommen. So streikten im letzten Jahr in einer thüringischen Industriestadt mehrere hundert polnische Kollegen für höhere Löhne. Die polnischen Kollegen sind die ‚Türken der DDR'. Ohne Familie, in Barackenlager gepfercht, müssen sie die dreckigsten und schlechtesten Arbeiten verrichten. Der Streik der polnischen Kollegen wurde von der Vopo zusammengeknüppelt. Inzwischen sind im Barackenlager Polizeieinheiten stationiert.

Insgesamt war ich überrascht, welches Interesse die Gründung einer wahrhaft kommunistischen Partei, der Sektion DDR der KPD/ML, bei den Werktätigen der DDR findet. Ich bin überzeugt, daß die Arbeit der Parteisektion der DDR auf diesem fruchtbaren Boden gut vorankommen wird.

Ein Kollege aus Hamburg

Spendet
zur Unterstützung des Aufbaus der
KPD/ML SEKTION DDR
auf das Spendenkonto des Vorstands der KPD/ML
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004-547
Stichwort:
KPD/ML Sektion DDR

Manöver des Warschauer Paktes

Demonstration der Stärke Moskaus

Wie die Nachrichtenagenturen berichten, werden vom 9. bis 16. September auf dem Territorium Polens die gemeinsamen Manöver unter der konventionellen Bezeichnung „Schild-76" der Streitkräfte des aggressiven Warschauer Pakts abgehalten. An diesen Manövern werden sich etwa 35000 Mann der sowjetischen, tschechoslowakischen, ostdeutschen und polnischen Boden- und Luftstreitkräfte beteiligen. Vor nicht allzu langer Zeit wurden solche Manöver auch auf dem Territorium der DDR und in Ungarn durchgeführt.

Die „Schild-76"-Manöver erfolgen im Zuge der militaristischen Tätigkeit der sowjetischen Sozialimperialisten, im Zuge ihrer Politik der Demonstration der Stärke, des Wettrüstens, der Aggression und der Expansion. Die sowjetischen Marschälle und Generäle verfolgen das Ziel, ihre und die Truppen des Warschauer Paktes zu drillen, um die Völker unter ihrem Stiefel zu halten und sich auf neue Aggressionen und Eroberungen vorzubereiten.

Die Demonstration der Stärke auf dem Territorium, wo sich sowjetische Besatzungstruppen und Militärstützpunkte befinden, benötigen die sowjetischen Sozialimperialisten, um die Kriegs- und Angstpsychose zu verbreiten. Indem sie den Völkern Osteuropas mit der Gefahr der NATO Angst einjagen, wollen sie ihre Besatzungspolitik in diesen Ländern, die Präsenz der sowjetischen faschistischen Armee rechtfertigen und diese Völker zwingen, sich mit der Gendarmenrolle der Sowjetrevisionisten abzufinden. Die sowjetischen Sozialimperialisten organisieren diese großangelegten Manöver, um die Völker der Satellitenländer hin und wieder daran zu erinnern, daß der russische Stiefel in ihrem Haus steht und daß die sowjetischen Sozialimperialisten es sind, die das Gesetz machen.

Die Tatsache, daß die „Schild-76"-Manöver auf polnischem Territorium abgehalten werden, und zwar unmittelbar nach den Juni-Ereignissen dieses Jahres, als sich die polnische Arbeiterklasse gegen die revisionistische Herrschaft auflehnte, zeigt die große Sorge der Kremlzaren, zur Verteidigung ihres Reichs bereit zu sein und ihre Satellitenländer im Zaum zu halten.

Aufschlußreich ist die Tatsache, daß die Bekanntgabe der neuen Militärmanöver des aggressiven Blocks des Warschauer Pakts zu einer Zeit erfolgte, da man in Moskau einen großen Lärm über den ersten Jahrestag der Konferenz von Helsinki, über die sogenannte „Europäische Sicherheit" schlägt. Zu einer Zeit aber, da sie von morgens bis abends ihre Märchen herunterleiern — angeblich sei nach Helsinki eine Entspannung in Europa erfolgt, und die Völker hätten aus dem Geist von Helsinki große Vorteile gewonnen usw. usf. —, geben sie plötzlich ihre neuen Militärmanöver bekannt. Für die sowjetischen Sozialimperialisten bedeutet dies eine Selbstentlarvung. Die Völker Osteuropas erkennen, daß sie von den Versprechungen Zar Breschnews bitter enttäuscht wurden. Die Zeit zeigt eindeutig, daß die sowjetischen Sozialimperialisten ihre Besatzungsschrauben in den Ländern Osteuropas immer fester anziehen. So wurden nur ein Jahr nach der oben erwähnten Konferenz von Helsinki, nach den feierlichen Versprechungen Breschnews, die sowjetischen Garnisonen in den osteuropäischen Ländern durch weitere 100000 Soldaten verstärkt. Diese Verstärkung ging auch mit der Erhöhung der Zahl der sowjetischen Raketen, Flugzeuge und Panzer in diesen Ländern einher. Auf den Territorien der Satellitenländer Osteuropas erfolgt der Bau von strategischen Straßen und Eisenbahnen. Man errichtet neue Raketen und Flugzeugstützpunkte. Man füllt die Depots mit modernen Ausrüstungen.

Die „Schild-76"-Manöver sind aber auch eine Entlarvung der Schlagworte der Kremlspitzen von der sogenannten „Verbindung der politischen Entspannung mit der militärischen Entspannung". Die Tatsachen beweisen mit jedem Tag besser, daß die sowjetischen Sozialimperialisten diese Slogans dazu benötigen, um ihre Aggressions- und Kriegspolitik zu verschleiern. Es handelt sich um Parolen, die eine große Spekulation mit dem Wunsch der Völker nach wirklicher Entspannung darstellen.

Dieselbe Aktivität ist inzwischen auch bei dem aggressiven NATO-Pakt festzustellen, der vom US-Imperialismus beherrscht und manipuliert wird. Das Pentagon schickt dieser Tage mittels einer Luftbrücke zahlreiche Truppen nach Westdeutschland, wo großangelegte Militärmanöver des Nordatlantikpakts unter der Bezeichnung „Reforger" stattfinden werden. Deshalb sehen die Völker Europas an diesen Militärmanövern in aller Deutlichkeit, daß die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, in Rivalität um Weltvorherrschaft miteinander intensiv ihre militärischen Vorbereitungen fortsetzen, um ihre aggressive und neokolonialistische Politik zu verwirklichen, um die anderen Länder unter dem Stiefel ihrer Truppen zu halten. **Die Völker verlangen also mit Recht, daß die sowjetische„ oder amerikanischen Besatzungsarmeen von ihrem Boden abgezogen werden, daß die Militärstützpunkte aufgelöst werden, und daß endlich das Waffenklirren aufhört.**

(Ein Kommentar von Radio Tirana).

Honecker bei Breschnew

Kremlzaren ziehen Daumenschrauben an

Am 19. August traf Breschnew, der Chef der russischen Sozialimperialisten, auf der Krim mit seinem Vasallen Honecker aus der DDR zusammen. Die Umarmungen und die Bruderküsse, die Honecker und Breschnew auf der Krim austauschten, sollten den Anschein von „gleichberechtigten Beziehungen" und „kameradschaftlichem Einvernehmen" wecken. In Wirklichkeit aber setzte Breschnew seinem Lakaien die Daumenschrauben an, um die Abhängigkeit der DDR gegenüber der Sowjetunion zu verstärken und die Ausplünderung der Werktätigen zu erhöhen.

So heißt es in dem im „Neuen Deutschland" abgedruckten Bericht über das Treffen auf der Krim, daß sich Breschnew und Honecker gegenseitig über die Verwirklichung der Beschlüsse der letzten Parteitage informierten. Aus der Diplomatensprache ins Deutsche übersetzt heißt das: Breschnew bestellte Honecker zum Rapport, so wie er in den letzten Wochen Husak, Gierek, Schiwkoff und andere seiner Vasallen vorgeladen hatte. Angesichts der tiefen Krise, in die die neuen Zaren im Kreml die Sowjetunion gestürzt haben, der Mißernten in der Landwirtschaft, der Nichterfüllung der Wirtschaftspläne auf zahlreichen Gebieten, angesichts der Politik „Kanonen statt Butter", die sie im Interesse ihrer Weltherrschaftspläne ständig intensivieren und damit die Krise weiter verschärfen, hatte Breschnew schon auf dem 25. Parteitag der Sowjetrevisionisten im März dieses Jahres von den Satellitenstaaten des Warschauer Pakts verlangt, daß sie sich noch stärker als bisher der Sowjetunion unterwerfen sollten.

Und wie immer erklärte Honecker auch auf der Krim seine Bereitschaft, die versklavenden Forderungen der russischen Sozialimperialisten zu erfüllen. So wird im „Neuen Deutschland" ausdrücklich betont, daß „günstige Voraussetzungen für die weitere Vertiefung und Erweiterung der gegenseitigen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der DDR sowohl auf bilateraler Grundlage als auch im Rahmen des Warschauer Vertrages und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe geschaffen worden sind". „Erweiterung und Vertiefung" heißt aber nichts anderes als „Erweiterung und Vertiefung" der Versklavung der Werktätigen der DDR durch die russischen Sozialimperialisten. Wenn also die russischen Sozialimperialisten den Preis ihres Erdöls in der Vergangenheit willkürlich um über 130% steigerten, so werden sie den Preis jetzt vielleicht auf 150% „erweitern". Die russischen Sozialimperialisten streben mit aller Kraft danach, die Wirtschaft der DDR zu einem immer vollständigeren Anhängsel ihres Imperiums zu machen, alle Grenzen auszulöschen und jedes Anzeichen von Eigenständigkeit und Unabhängigkeit, das noch übriggeblieben ist, auszulöschen.

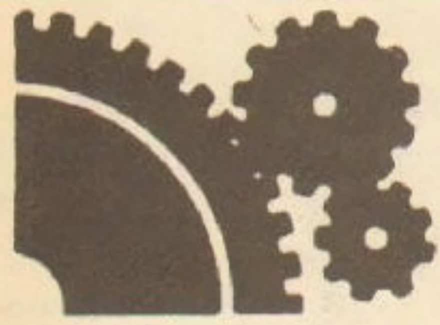
Das Treffen zwischen Breschnew und Honecker auf der Krim machte auch deutlich, daß hinter dem Terror der sozialfaschistischen Honeckerclique an der Grenze zur Bundesrepublik die russischen Sozialimperialisten stehen. Die Schüsse auf wehrlose Menschen, der Mord an dem italienischen Lastwagenfahrer Benito Corghi wurden von Breschnew als „konstruktiver Beitrag zur Sache des Friedens, der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" bezeichnet. Die neue Bourgeoisie in der DDR beutet die Werktätigen in der DDR nicht nur aus und unterdrückt sie mit sozialfaschistischem Terror, sie hat die DDR darüber hinaus praktisch zu einer Kolonie der imperialistischen Supermacht UdSSR gemacht und die nationalen Interessen des deutschen Volkes verraten.

Heute haben jedoch auch in der DDR die wahren Marxisten-Leninisten, die Genossen der Sektion unserer Partei in der DDR, das Banner der Revolution, des Sozialismus und des Kampfes für die nationale Einheit und Unabhängigkeit wieder erhoben. Unter ihrer Führung werden sich die Werktätigen der DDR erheben und das sozialfaschistische Ausbeuterregime der neuen Bourgeoisie und ihrer Moskauer Oberherren in der sozialistischen Revolution zerschlagen und die Diktatur des Proletariats wiedererrichten.



„Der Appetit kommt beim Essen." Von 1955-73 hat die Sowjetunion aus Bulgarien, Ungarn, Ostdeutschland, der Tschechoslowakei und Polen über 19 Mrd. Dollar eingesackt. (Karikatur aus der albanischen satirischen Zeitschrift „Hosteni").

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

Überprüfung bei Lehrlingseinstellung: „Sag mal, kennst du die KPD/ML?“

Ich arbeite in einem mittelgroßen Metallbetrieb in Hamburg-Billbrook als Lehrling. Ich war im ersten Lehrjahr und arbeitete erst ganze 18 Tage dort. Wir waren dort fünf Lehrlinge. Schon am Anfang, gleich bei der Einstellung, erzählte der Meister von der KPD/ML, die hier mal ordentlich auf den Putz gehauen hat, so daß sie gezwungen waren, die Ausbildung zu verbessern. Das Personalbüro und der Meister hatten natürlich große Angst, daß hier wieder mal die Lehrlinge aufstehen würden und den Kampf gegen die Schikanen (8 Stunden lang darf man sich nicht setzen, Hände dürfen nicht in der Hosentasche sein, man muß immer grade gehen etc.) aufnehmen würden. Da sie wissen, daß die Partei die einzige ist, die sich kompromißlos hinter die Forderungen der Lehrlinge stellt, die den Kampf vorantreibt und aufpaßt, daß der Kampf in die richtigen Bahnen gelenkt wird, hatten sie von Anfang an versucht herauszubekommen, ob wieder mal ein Kommunist unter den Lehrlingen war. Sie hetzten gegen die Partei und stellten solche Fragen wie: „Sag mal, kennst du die KPD/ML?“

Dann, am 18. Tag,war es so weit. 3 Lehrlinge wurden nacheinander ins Personalbüro gerufen. Dort wurden sie von der Kündigung unterrichtet. Ich wurde als letzter reingerufen. Ich wußte inzwischen von den beiden, die vor mir da waren, daß es um Entlassungen geht. Auf dem Weg dorthin, informierte ich erstmal die Kollegen von der Kantine, die dann sinngemäß sagten: „Das geht aber mittlerweile wirklich zu weit.“

Im Personalbüro selbst wollte man mich dazu überreden, meine eigene Kündigung zu unterschreiben, damit es nachher so aussieht, daß ich mich vom Betrieb im gegenseitigen Einvernehmen getrennt hätte. Das lehnte ich natürlich ab. Auf dem Rückweg informierte ich dann noch einige andere Kollegen, die natürlich auch empört waren. Am Abend wußte es dann die ganze Halle. Ich setzte mich nach meiner Entlassung mit den anderen beiden Entlassenen zusammen. Dort stellte sich dann heraus, daß sie vom KB-Nord waren und ihrer Ideologie gemäß ihre eigene Kündigung unterschrieben hatten, weil sie meinten, die Haupttendenz sei sowieso Faschismus, und man könnte da nicht mehr viel machen.

Die ROTE GARDE und die Partei brachten am nächsten Morgen gleich ein Flugblatt heraus, das die Hintergründe der Entlassungen aufdeckte und zum Kampf dagegen aufrief. Die Kollegen nahmen es sehr interessiert. Am Vormittag wollte ich dann noch mal mit einigen Kollegen sprechen und ging gerade auf die Halle zu, als einer vom Personalbüro mir entgegenstürmte, mir Hausverbot erteilte und mit der Polizei drohte. Die anderen beiden, nicht gekündigten Lehrlinge, versuchte man indessen im Personalbüro einzuschüchtern. „Die Entlassenen seien eben Kommunisten, seien geschulte Leute, mit denen man sich nicht abzugeben hätte.“

Gleich nach Feierabend hatte ich mich mit den beiden Lehrlingen verabredet. Was mich auch sehr gefreut hat, ist die große Solidarität. Obwohl wir uns ja erst 18 Tage kannten, gaben sie mir Adressen, wo ich mich nach Arbeit umsehen sollte und waren sehr besorgt um meine Zukunft.

Rot Front, ein Genosse aus Hamburg

Opel-Betriebsrat brüstet sich mit Ablehnung neuer Sonderschichten

In der letzten Wochenendausgabe der „WAZ“ war zu lesen, daß der Opel-Betriebsrat in Bochum vier beantragte Sonderschichten abgelehnt hat. Schon einmal, auf der Höhe der Metall-Lohnrunde, waren zwei Sonderschichten vom Betriebsrat verweigert worden, die dann doch durchgeführt wurden.

Heute heißt es: 1. aus Solidarität mit den Arbeitslosen; 2. weil Opel sich weigert, einen Fonds für Ausgleichszahlungen bei Kurzarbeit anzulegen. Damals wie heute gilt' Die Ablehnung der Sonderschichten, gleich mit welcher Begründung, ist ein einziges Täuschungsmanöver der reaktionären Perschke-Clique. Diese Heuchler, denen es nie um die Interessen der Kollegen geht, die bei der jüngsten Beitragserhöhung des Gewerkschaftsapparates wieder feststellen mußten, wie groß die spontane Empörung der Kollegen darüber ist, benutzen jetzt die Ablehnung der Sonderschichten mit dazu, die Wogen der Empörung zu glätten.

Wenn Perschke „Sonderschichten“ angeblich aus „Solidarität mit den Arbeitslosen“ verweigert, so ist das nichts als ein Täuschungsmanöver. Unter dem Deckmantel der „Sorge um die Arbeitslosen“, schürt er Illusionen in die kapitalistische Wirtschaft, rechnet er vor, wieviel Kollegen neu eingestellt werden könnten, als ob auf diese Weise die Krise des kapitalistischen Systems zu beheben wäre, als ob die Kapitalisten schon jemals Arbeitslose aus Mitgefühl eingestellt hätten. Zum anderen werfen sich Perschke und sein Anhang in die Brust als „solidaritätsbewußte Kollegen“. Sie wollen wohl die Opel-Arbeiter vergessen lassen, daß sie, denen heute „die Arbeitslosen so am Herzen liegen“, es gerade waren, die mit ihrer Zustimmung zu den Rationalisierungsmaßnahmen den Opel-Kapitalisten halfen, die Profite auch in der Krise zu sichern. Daß

Nicht anders verhält es sich mit der zweiten Begründung: Das Anlegen eines Fonds „in guten Zeiten“ für die Kurzarbeit „in schlechten Zeiten“ zielt darauf ab, die Kollegen vom Kampf gegen Kurzarbeit, gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Krise abzuhalten. Entlarvt hat sich aber vor allen Dingen der BR. Er erklärt damit schon jetzt, daß er wieder mit Kurzarbeit rechnet und daß er nichts dagegen unternehmen, sondern ihr zustimmen wird. Das Gerede von solch einem Fond dient also dazu, den Kollegen die Kurzarbeit zu „versüßen“. Hauptsache für die reaktionäre Perschke-Clique ist, ihr Ansehen vor den Kollegen aufzubessern und sich weiterhin den Opel-Kapitalisten als treue Diener zu erweisen. Das zeigt die Heuchelei dieser Betriebsräte: Einerseits beschwören sie die „Solidarität mit den Arbeitslosen“, andererseits erklären sie schon jetzt, daß sie kommender Kurzarbeit zustimmen werden. So wollen sie das Vertrauen der Kollegen in die angeschlagene „Sozialpartnerschaft“ wieder aufmöbeln und verhindern, daß die Kollegen sich gegen diese Angriffe zur Wehr setzen.

Doch die Arbeiterklasse läßt sich nicht an der Nase herumführen. Nur zu gut haben die Opel-Arbeiter die zusätzliche Schinderei durch die diesjährigen Sonderschichten vor Augen und den schändlichen Verrat des Perschke-Btriebsrats, nachdem er scheinheilig zwei Sonderschichten abgelehnt hatte. Bei den Kollegen wird sich die Erkenntnis durchsetzen, daß ein Wort von Perschke nicht das Papier wert ist, auf dem es geschrieben steht, daß ihre Interessen nur dann durchgesetzt werden können, wenn sich die Opel-Arbeiter wie beim Streik '73 auf die eigenen Kräfte stützen und den Handlangern des Kapitals im konsequenten Klassenkampf eine Abfuhr erteilen.

Ein Genosse aus Bochum

Maschinenfabrik Lindner/Westberlin

Arbeiter unterstützen polnische Kollegen

Vor kurzem wurde in Westberlin ein Flugblatt der KPD/ML zu den Terrorurteilen der polnischen Bourgeoisie gegen Arbeiter aus Radom und Ursus verteilt, die sich an den Streiks im Juni beteiligt hatten. Dieses Flugblatt tauchte auch in der Maschinenfabrik Herbert Lindner auf, in der der Kommunist Thomas Scheffer arbeitet, der für Flugblätter und Betriebszeitungen der Partei in Westberlin presserechtlich verantwortlich zeichnet. Die Geschäftsleitung trat sofort in Aktion. Thomas schrieb uns:

Am Mittag des gleichen Tages wurde ich zur Direktion bestellt. Da saßen die Herren um den Tisch, vor ihnen oben beschriebenes Flugblatt, für das ich presserechtlich verantwortlich bin. Kaum war die Tür zu, ging es los: „Sie haben dieses Flugblatt verteilt.“ „Mal langsam“, sagte ich, „das ist zwar von der KPD/ML, und es steht auch mein Name darunter, das heißt aber längst nicht, daß ich das verteilt habe.“ Nun regten sich die Herren der Direktion auf, schließlich hätten sie ja Zeugen dafür. „Dann bringen sie doch ihre Zeugen, es würde mich sehr interessieren, wer hier denunziert,und auch die Kollegen unten würden das sicher gerne wissen.“ Aber das taten sie natürlich nicht, denn das ist ihnen klar, sind ihre Spitzel erst mal ans Licht gekommen, sind sie unbrauchbar.

Nach langem Hin und Her gaben sie die Hoffnung auf, daß ich ihre Frage, ob ich dieses Flugblatt verteilt habe, mit ja oder nein beantworten würde. Es war auch richtig, daß ich jede Aussage verweigert hatte, denn plötzlich erklärten sie: „Hätten Sie ja gesagt, wäre das die ausreichende Bestätigung gewesen, hatten Sie nein gesagt, hätten wir Sie fristlos entlassen wegen Lüge, da Sie aber die Aussage verweigern, kommen wir so nicht weiter, aber im Wiederholungsfall werden Sie fristlos entlassen!“

Ich berichtete sofort sehr vielen Kollegen über diesen Vorfall. Sie waren empört: „Da sieht man unsere Meinungsfreiheit“, oder „Gewerkschaft und Unternehmerverband dürfen ihre Zeitung hier verteilen, ist das etwa nicht politisch?“ Doch eins war bei allen Kollegen gleich, mit denen ich sprach, alle wollten wissen, welcher Dreckskerl mich denunziert hatte. Die ganze Sache ging wie ein Lauffeuer durch den Betrieb, überall wurde ich angesprochen. Zehn Kollegen unterschrieben dann folgende Resolution, die plötzlich herumging und 85 DM wurden gesammelt.

Resolution **(Kollegen der Maschinenfabrik H. Lindner/Westberlin)**

Der Kampf der polnischen Arbeiterklasse gegen das sozialfaschistische Gierek-Regimes ist gerecht! Gerade mit den mutigen Kämpfern, die zu solch hohen Gefängnisstrafen verurteilt wurden, erklären wir uns solidarisch. Wir wollen einen finanziellen Beitrag zu ihrer Unterstützung leisten. Es lebe der gerechte Kampf der polnischen Arbeiterklasse für Freiheit und Sozialismus! Nieder mit der sozialfaschistischen Gireck-Bande!

Das war ein prima Ergebnis. Am nächsten Morgen kam ein Kollege strahlend angelaufen: „Wir haben den Spitzel, hinten aus der Dreherei, der Wolfgang Richter.“ Im Nu war diese Nachricht bei allen Kollegen verbreitet. „In den Betriebsrat hat er es nicht geschafft, einen Aufsteiger konnte er da hinten auch nicht machen, jetzt versucht er es mit Verpfeifen, aber der hat ja schon mehr Kollegen angeschissen, der hat nichts mehr zu melden!“ Das konnte man in vielen Gesprächen mit den Kollegen hören.

Doch eines war besonders erfreulich. Richter hatte sich das Flugblatt mit vorgetäuschtem Interesse von einem Kollegen erschlichen und war damit gleich zur Geschäftsleitung gerannt. Diesen Kollegen wollten sie nun als Zeugen gegen mich verwenden, doch da hatten sie sich gehörig in den Finger geschnitten. Als der Kollege von diesem Vorhaben erfuhr, ging er zur Geschäftsleitung und gab dort in aller Deutlichkeit zu verstehen: „Ich laß mich niemals als Zeuge gegen meinen Kollegen benutzen!“ Dieser Kollege kam zu mir, entschuldigte sich und sagte, daß er einen Fehler gemacht hätte, daß der Richter aber so gemein sei, hätte er nicht geglaubt, und außerdem hätte er es nicht für möglich gehalten, daß die wegen eines Flugblatts so reagieren, da sei es mit Meinungsfreiheit doch nicht sehr weit her.

Am Mittag bekam ich die schriftliche Verwarnung, die ich für jeden lesbar an meine Maschine hängte. (Darin hieß es u. a., daß ich nach Aussagen mehrerer Zeugen ein Flugblatt der KPD/ML während der Arbeitszeit im Betrieb verteilt hätte und daß die Geschäftsleitung mir im „Wiederholungsfall“ fristlos kündigen werde). Sie fand großes Interesse. Denn schließlich wußten die Kollegen ja, was in Wirklichkeit passiert war und einige Kollegen meinten, mit solchen Methoden würde die Geschäftsleitung selbst dafür sorgen, daß die Sympathie der Kollegen mit den Kommunisten wächst.

Kurzarbeit bei Mannesmann

Arbeiter sollen die Krisenlasten tragen

Fortsetzung von Seite 1

oben, Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Für die Mannesmann-Kapitalisten war das vergangene Jahr allerdings ein „Traumjahr“, das ihnen die höchsten Profite seit dem Ende des zweiten Weltkrieges brachte. 380 Mio. DM, doppelt so viel wie 1974, preßten sie aus den Arbeitern und kleinen Angestellten heraus.

Das Elend der Arbeiter und kleinen Angestellten: Kurzarbeit, Entlassungen, Rationalisierungen und die Rekordprofite der Kapitalisten sind zwei Seiten einer Medaille, des kapitalistischen Ausbeutersystems, in dem Millionen von Werktätigen für den Profit von ein paar Kapitalisten, denen die Betriebe, Fabriken und Schächte gehören, zu schuften gezwungen sind.

Aber die verschärfte Ausbeutung, die Versuche der Kapitalisten die Lasten der Krisen auf die Schultern der Werktätigen abzuwälzen, werden unvermeidlich bewirken, daß sich die Arbeiter zum Kampf gegen ihre Ausbeuter erheben. Im Juni schrieb der „Röhrenkieker“, die Betriebszeitung der Zelle unserer Partei bei den Mannesmann-Hüttenwerken in Duisburg-Huckingen: *„Seit Monaten wachsen auf der Hütte Empörung und Unruhe spürbar an. Schon äußerten die kapitalistischen Schmarotzer und ihre Handlanger die Befürchtung, es könne in den kommenden Monaten zu einer Welle spontaner Streiks, ähnlich wie im Sommer und Herbst 1973, kommen.“*

Aus gutem Grund haben deshalb die Kapitalisten die Kurzarbeit im September bis zuletzt vor den Kollegen verheimlicht. Und ihre Handlanger, die gekauften Betriebsräte, die Bonzen des Apparats der IG Metall, waren besonders eifrig bestrebt, die drohende Kurzarbeit vor den Kollegen geheimzuhalten. Typisch in dieser Hinsicht ist das Verhalten der Betriebsratsclique bei den Mannesmann-Röhrenwerken in Rath. In einem Extrablatt vom 26. August enthüllt „Der Rote Schraubstock“, die Betriebszeitung der Partei: *„Seit Wochen weiß die Betriebsratsclique um Christiansen genau Bescheid. Als der letzte ‚Rote Schraubstock' erschien* (in dem die Genossen enthüllten, daß Kurzarbeit droht - RM), *fauchte Willi Wollbring am Tor 2 auf und beklagte sich bitter, daß er als Pöstchenjäger entlarvt worden war. Zur Rede gestellt wegen der drohenden Kurzarbeit, wand er sich wie eine Schlange: ‚Kurzarbeit ist im Kapitalismus immer drin', erklärte er scheinheilig. Ansonsten ist sein Name Hase, und er weiß von nichts. Diese Bande hat die Kollegen bewußt im Unklaren gelassen, damit sie sich nicht auf Kampfmaßnahmen vorbereiten sollten.“*

Ein besonders hinterhältiges Manöver, um die Kollegen zu betrügen, starteten die modernen Revisionisten von der D„K“P. In der „UZ“ stellten sie die Sache so dar, als ob die Kurzarbeit lediglich ein Manöver der Kapitalisten sei, um den Gewerkschaftsapparat in der Lohntarifrunde zu niedrigen Lohnabschlüssen zu zwingen und die Kollegen einzuschüchtern. Das ist gleich ein doppelter Betrug: Natürlich nutzten die Kapitalisten Krise, Kurzarbeit und Entlassungen aus, um die Kollegen einzuschüchtern. Aber Krise und Kurzarbeit sind keine „Manöver“ der Kapitalisten, sondern unvermeidliche Folge des kapitalistischen Ausbeutersystems. **Sie werden erst verschwinden, wenn dieses System durch die proletarische Revolution zerschlagen ist und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt wird.** Gerade das versucht die D„K“P zu vertuschen, um den Kampf der Arbeiter von diesem großen Ziel abzulenken. Und was den DGB-Apparat angeht: Das Vertrauen auf diesen Apparat und die Einheit mit ihm führen in die Niederlage, wie nicht zuletzt die Lohnraubabschlüsse des vergangenen Jahres zeigen.

Die Arbeiter und kleinen Angestellten in den Hüttenwerken an Rhein und Ruhr müssen sich zum revolutionären Kampf gegen die Kapitalisten und ihre Handlanger, den DGB-Apparat und die D„K“P-Revisionisten zusammenschließen, um die neuen Angriffe auf ihre Lebenslage abzuwehren und sich im Kampf für den endgültigen Sturz des kapitalistischen Ausbeutersystems zu stählen.

Wütende Hetze in D'K'P-Betriebszeitungen

Getroffene Hunde bellen!

„Chaoten", „Dreigroschenjungs", „Fälscher-KPD", „blaßgesichtige Bürgersöhnchen der KPD/ML" — das ist nur eine kleine Auswahl der „Argumente" der D„K"P gegen unsere Partei. In letzter Zeit häufen sich in den Betriebszeitungen der D„K"P Artikel, in denen eine hemmungslose Hetze gegen die revolutionäre Bewegung, vor allem gegen unsere Partei, die KPD/ML, betrieben wird. Manche dieser Artikel übertreffen sogar die „Bild-Zeitung", was den aggressiven faschistischen Jargon und die antikommunistische Demagogie betrifft.

Diese wütende Hetze offenbart das grundlegende Dilemma, in dem die D„K"P steckt: Uns mit ernsthaften politischen Argumenten anzugreifen, das können sie nicht wagen. Dann müßten sie ja offen Farbe bekennen, würde sich zeigen, daß sie Feinde des Marxismus-Leninismus, Verräter am Kommunismus sind.

Deshalb überschütten uns die D„K"P-Schreiber, statt politische Argumente ins Feld zu führen, mit allerlei wüsten Verleumdungen.

So geifern sie z. B. in der letzten Ausgabe der D„K"P-Betriebszeitung „Schachtecho", die u. a. in der Grube Luisenthal (Saarland) verteilt wird: „...Schmierfinken, die unter der Tarnfirma ‚KPD/ML', mit Schmiergeldern finanziert (und vom Verfassungsschutz abgesegnet), vor der Grube Luisenthal ihr Unwesen treiben. In ihren Schmierblättern hetzen sie vor allem gegen die DKP. Nicht das Großkapital ist ihr Feind: von wegen! Die DKP und die friedliebende Sowjetunion..."

Ihr erbärmlichen Lügner! Wer soll euch denn solche Behauptungen abnehmen? Wenn die KPD/ML vom Großkapital finanziert und vom Verfassungsschutz bezahlt würde, warum werden dann immer wieder KPD/ML-Genossen wegen ihrer politischen Einstellung entlassen, nicht aber (oder nur in wenigen Ausnahmen) Mitglieder oder Anhänger der D„K"P?

Warum werdet nicht ihr, sondern die „maoistischen Sektierer" zu hohen Geld- und inzwischen immer mehr auch zu Gefängnisstrafen verurteilt, weil sie für den revolutionären Klassenkampf eintreten und die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution propagieren? Oder warum werden zig Nummern des „Roten Morgen", des Zentralorgans der KPD/ML, verboten, aber keine einzige Nummer eurer Zeitung „UZ"?

Weil wir Agenten der Bourgeoisie sind? Umgekehrt wird ja wohl ein Schuh daraus! Und das gibt eben auch vielen Kollegen zu denken. Auch die, die noch nicht bewußt zwischen der D„K"P und der KPD/ML unterscheiden, die noch nicht mit uns einer Meinung sind, was die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution betrifft, machen sich doch ihre Gedanken darüber, daß ihr euch wie wir Kommunisten nennt, daß ihr behauptet, gegen die Kapitalisten zu kämpfen, daß ihr aber im Betrieb offen und ungefährdet eure Ansichten verbreiten könnt, während wir entlassen und verfolgt werden.

Und was die Sowjetunion angeht, so zahlt sie euch schließlich jedes Jahr Millionen und Abermillionen, damit ihr ihre aggressive imperialistische Politik als „friedliebend" und „entspannungsfreundlich" verkauft. Aber beliebt macht ihr euch damit nicht bei den Massen, und das wißt ihr auch ganz genau. Warum sonst kann man in euren Betriebszeitungen mit der Lupe nach Artikeln über die Sowjetunion suchen, warum habt ihr z.B. bei den Landtagswahlen in NRW kein einziges Wort über Breschnew, Honecker und Konsorten verloren?

Tatsache ist eben, daß Millionen Werktätige in beiden Teilen Deutschlands das Zuchthausregime Breschnews und seines Handlangers Honecker ablehnen, voller Abscheu das Morden der Sozialfaschisten an der Berliner Mauer verurteilen. Ihr sagt, daß die KPD/ML die russischen Sozialimperialisten bekämpft, ist ein Zeichen dafür, daß sie vom Verfassungsschutz bezahlt wird. Werden diese Millionen im Westen und im Osten, die das faschistische Regime in der Sowjetunion und der DDR hassen, also auch vom Verfassungsschutz bezahlt? Sind sie alle „antikommunistisch verhetzt", wie Herr Honecker vor kurzem im „Neuen Deutschland" verkünden ließ?

Ihr wißt in Wirklichkeit ganz gut, daß gerade die wachsende Empörung gegen die sozialfaschistischen Regime in der Sowjetunion und in der DDR das Gegenteil beweist, daß ihr es nämlich immer weniger schafft, den Kommunismus zu diskreditieren, den Massen ein X für ein U vorzumachen.

Aber eure Feindschaft gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen zeigt sich nicht nur an diesem Punkt. Sie zeigt sich auch jeden Tag im Betrieb. Etwa da, wo ihr den reaktionären, arbeiterfeindlichen DGB-Apparat als Interessenorganisation der Arbeiter propagiert und verteidigt. Sicher, ihr versucht auch hier, die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Ihr greift die Marxisten-Leninisten in euren Betriebszeitungen an als „gewerkschaftsfeindlich", als diejenigen, die den „Spaltpilz" in die Arbeiterklasse hineintragen wollen.

Tatsache ist jedoch, daß der größte Teil der Arbeiter und kleinen Angestellten in den Großbetrieben die Gewerkschaftsbonzen haßt und das, obwohl die meisten von ihnen selbst Gewerkschaftsmitglieder sind. Ist dieser Haß etwa Ausdruck einer gewerkschaftsfeindlichen Haltung? Im Gegenteil. Er ist Ausdruck des Klassenbewußseins der Arbeiter. Er ist völlig berechtigt, denn was sind denn die Vetter, Loderer, Kluncker und Konsorten anderes als Kapitalisten, die selbst an der Ausbeutung der Arbeiterklasse beteiligt sind und die mit ihren Großkonzernen selbst zur Monopolbourgeoisie zählen?

Daß der DGB-Apparat den Arbeitern immer wieder in den Rücken fällt und die Kämpfe im entscheidenden Moment abwürgt, hat ihm die Empörung von Millionen Arbeitern eingebracht. Ihr Arbeiterverräter der D„K"P habt die schmutzige Aufgabe übernommen, diese Empörung zu „entschärfen". Ihr wollt den Arbeitern die „Einheit" mit dem durch und durch reaktionären Gewerkschaftsapparat predigen, wollt verhindern, daß die Kollegen sich gegen diesen Feind in den eigenen Reihen zusammenschließen. Mit eurem Geschrei, wir würden den „Spaltpilz" in die Gewerkschaft tragen, versucht ihr davon abzulenken, daß die Einheit der Arbeiter mit dem DGB-Apparat, für die ihr kämpft, nichts anderes ist als der Verzicht auf den revolutionären Klassenkampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Mit eurem demagogischen Vorwurf wollt ihr euren eigenen Verrat am Kampf der Arbeiterklasse vertuschen.

Dabei wißt ihr ganz gut, daß auch die revolutionäre KPD Ernst Thälmanns diese Art Paktiererei mit dem Gewerkschaftsapparat schonungslos bekämpft hat, daß Ernst Thälmann genau wie wir heute für den kompromißlosen Kampf gegen die Bonzen und den reaktionären Gewerkschaftsapparat eintrat, daß die „Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" (RGO) nicht von uns erfunden wurde, sondern daß sie ein Bestandteil der revolutionären Taktik der KPD Ernst Thälmanns war.

Wenn ihr den Kampf für den Aufbau einer Revolutionären Gewerkschaftsopposition heute trotzdem als „Spaltertum" bekämpft, dann zeigt das eben, daß es euch heute ebenso wenig um die klassenkämpferische Einheit der Arbeiterklasse geht wie der SPD, die die KPD Ernst Thälmanns damals genauso bekämpfte wie ihr heute die KPD/ML. Euch geht es um ganz etwas anderes, darum, die Kollegen an den DGB-Apparat zu ketten, der ein Unterdrückungsinstrument der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiter ist; darum, die Arbeiterklasse daran zu hindern, sich vom klassenversöhnlerischen Einfluß dieses Apparates zu lösen und im täglichen Klassenkampf ihre revolutionäre Einheit gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat zu schmieden. Kurz gesagt, es geht euch darum, die Arbeiterklasse an den Kapitalismus zu ketten. Ihr kämpft für die Verteidigung der Herrschaft der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse.

Und deshalb habt ihr natürlich besondere Angst davor, daß die Arbeiter erkennen, daß es für sie keinen anderen Weg zu ihrer Befreiung gibt als den Weg der gewaltsamen Revolution, den Weg des bewaffneten Sturzes des kapitalistischen Staatsapparates. Aber auch hier haltet ihr es offenbar für aussichtslos, die Arbeiter mit Argumenten davon zu überzeugen, daß die politische Linie der KPD/ML falsch ist. Denn was ihr in euren Betriebszeitungen schreibt, ist wiederum nichts als Lüge und Hetze.

Ihr verleumdet uns als „Anbeter blinder Gewalttätigkeit", versucht, den Arbeitern einzureden, daß wir alleine, ohne die Massen, hier und jetzt drauflosschießen wollten. Dabei wißt ihr natürlich ganz genau, daß wir keine Putschisten sind, die glauben, man könne mit einer handvoll „Helden" den kapitalistischen Staat stürzen. Ihr wißt genau, daß es uns darauf ankommt, die Arbeiterklasse im Geist der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution zu erziehen und deshalb natürlich auch heute die revolutionäre Gewalt der Massen gegen die konterrevolutionäre Gewalt der Bourgeoisie zu propagieren. Aber genau das, daß die Idee der gewaltsamen Revolution die Massen ergreift und so zur materiellen Gewalt wird, wollt ihr verhindern. Deshalb versucht ihr den Arbeitern weiszumachen, man könne friedlich, auf dem Weg über das Parlament, zum Sozialismus kommen, deshalb lenkt ihr den Blick der Arbeiter weg vom bürgerlichen Staat, der sich mit immer mehr Polizei, immer mehr Soldaten, immer schärferen Gesetzen gegen die Arbeiterklasse rüstet, auf ein „Rechtskartell", von dem angeblich die Hauptgefahr für eine erneute Errichtung des Faschismus ausgeht. Deshalb ruft ihr auf, diese „Demokratie in der Bundesrepublik" zu verteidigen, die doch in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk.

Was heißt das aber anderes, als daß ihr die Arbeiterklasse ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch entwaffnen wollt, daß ihr die Tatsachen auf den Kopf stellt und den Marxismus-Leninismus, auf den ihr euch beruft, vollständig in sein Gegenteil verwandelt, um einer handvoll Kapitalisten, die Millionen Arbeiter ausbeuten und unterdrücken, ihre Herrschaft zu sichern! Was heißt das anderes, als daß ihr Feinde der Arbeiterklasse, Feinde der Revolution und des Kommunismus seid, Agenten der Bourgeoisie!

Als solche aber — und daran wird auch eure zukünftige Hetze gegen die Partei nichts ändern können — werden wir euch weiter bekämpfen, werden euch immer mehr Arbeiter erkennen und hassen. Als solche, als Agenten der Bourgeoisie, wird euch aber dann — wenn die Arbeiterklasse unter Führung der KPD/ML eines Tages die sozialistische Revolution durchführt und die Diktatur des Proletariats errichtet — auch das gleiche Schicksal wie eure Auftraggeber treffen. Mitgefangen, mitgehangen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

„Ausreichende Versorgung der Patienten nicht mehr gewährleistet!"

KÄMPFENDE STATION



ZEITUNG DER KPD/ML & ROTEN GARDE FÜR DAS AK ALTONA

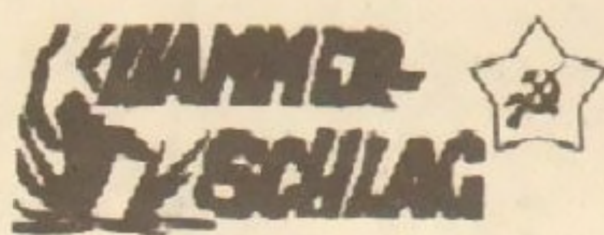
Auf einer Personalversammlung des Kreiskrankenhauses Pinneberg wurde kürzlich eine Resolution an den Kreistag verabschiedet, in der darauf hingewiesen wurde, daß „im Pflegebereich ... eine ausreichende Versorgung der Patienten oftmals nicht gewährleistet" sei. Verurteilt wurde in dieser Resolution, daß durch den Beschluß des „Krankenhausträgers", hinter dem natürlich nichts anderes als der kapitalistische Staatsapparat steckt, im letzten Jahr 29 Planstellen gestrichen worden sind. (15 Kräfte im pflegerischen, 13 im Wirtschafts- und 1 im ärztlichen Bereich). Die Personalversammlung forderte den Kreistag auf, sämtliche gestrichenen Stellen zum 1. Oktober wieder einzurichten.

Der Kreis geht mit seinen Sparplänen noch weiter. Geplant war beispielsweise auch der Abbau des Krankenwagendienstes. Freiwerdende Planstellen sollten für ein Butterbrot und ein Ei von Zivildienstleistenden besetzt werden, die häufig ortsunkundig, keine oder nur wenig Erfahrung in der Ersten Hilfe haben und den Grad einer Verletzung oder einer Krankheit nicht immer einschätzen können.

Erst vor ca. 3 Wochen wurden schließlich sämtliche Einzelbesoldungskräfte, die besonders als Nachtwachen unentbehrlich sind, von einem Tag auf den anderen aus den Krankenhäusern des Kreises rausgeschmissen. Für die Betroffenen bedeutet dies in vielen Fällen eine enorme finanzielle Härte, da der Beschluß ganz plötzlich kam. Für die Stationen hat es zur Folge, daß der Tagdienst die Nachtwachen stellen muß! Entsprechend sind viele Stationen jetzt tagsüber noch schlechter besetzt, als sie es ohnehin schon waren, d. h., die Arbeitshetze verschärft, die Betreuung der Patienten verschlechtert sich weiter! Zu allem Überfluß aber wurde auch hier eine neue Überstundenregelung geschaffen, wonach diese vom Landtag erst genehmigt werden müssen.

Im Elmshorner Kreiskrankenhaus sollen demnächst auch 5 von 8 „Waschfrauen" (Frauen, die morgens drei Stunden lang Patienten waschen helfen und nicht entbehrlich sind) gekündigt werden. In der Folge davon werden die Nachtschwestern mehr belastet, die Patienten müssen einige Stunden früher gewaschen werden, und die Überwachung der Patienten durch die Nachtschwestern wird zwangsläufig schlechter. Zahlreiche Stationen und Abteilungen wissen nicht mehr, wie sie mit so wenig Personal auch nur das Allernotwendigste schaffen sollen... Um die Werktätigen auszubeuten und zu unterdrücken, ist der Bourgeoisie tatsächlich jedes Mittel recht, wie wir anhand dieser Beispiele aus dem Kreis Pinneberg sehen. Wir sehen aber auch, daß die Kollegen und Kolleginnen nicht untätig dasitzen. Die Personalversammlung von Pinneberg dürfte den Herren ziemlich in die Glieder gefahren sein. Auch die unverschämten Pläne mit dem Abbau des Krankenwagendienstes mußten vorerst aufgrund des Widerstandes aus dem Blickfeld verschwinden! Und Unmut und Widerstand gegen weitere Planstellenstreichung, Rausschmiß der Waschfrauen, Überstundenregelung usw. gären in allen Ecken...

Die Kruppsche Tradition und der 2. Weltkrieg



FKH-Chef Mommsen kommentiert die Übernahme der Stahlwerke Südwestfalen durch Krupp folgendermaßen („Krupp-Stahl" 4/5/76): „Hierdurch sind die Fried. Krupp Hüttenwerke der Krupp'schen Tradition vor dem 2. Weltkrieg entsprechend — zu einem der größten Edelstahlunternehmen Europas geworden." Und weiter: „Jeder von uns, der an dieser Entwicklung hat teilnehmen können, muß stolz auf sie sein."

Mit welcher Frechheit tritt heute solch ein Krupp-Boss auf und rühmt sich noch, daß er Krupp wieder „der Krupp'schen Tradition vor dem zweiten Weltkrieg entsprechend" — zu einem der Größten gemacht habe: Am 1. September 1939 wurde der zweite Weltkrieg von den deutschen Imperialisten begonnen. 45 Millionen Tote, 90 Millionen Verwundete und Krüppel, Trümmer, Hunger und Elend war der Preis der Völker hierfür.

Wer hinter Hitler stand, die eigentlichen Kriegstreiber und Völkermörder, das waren die Krupp, Flick, Mannesmann, Thyssen. Aus dem Blut der Arbeiter in ihren Fabriken und auf den Schlachtfeldern saugten sie ihre in wahnwitzige Höhen gesteigerten Profite. Unsere deutschen Arbeitskollegen wurden im Weltkrieg von britischen Granaten zerfetzt, auf denen die Buchstaben „KPZ" (Krupp-Patent-Zeitzünder) eingeprägt waren; und Krupp kassierte für jeden Gefallenen 60 Mark Lizenzgebühren vom britischen Waffenkonzern Vickers. Hunderttausend Zwangsarbeiter mußten sich in den barbarischen Konzentrationslagern mit Prügeln und Foltern für den Krupp'schen Profit zu Tode schinden. „Jeder von uns ist stolz auf diese Entwicklung"? — Diese Herren sind unsere Todfeinde. Für das werktätige Volk gibt es erst dann ein Leben in Freiheit und Frieden, wenn wir sie verjagt haben.

Meldungen aus den Betrieben

HDW/Kiel

Bei HDW in Kiel fand nach drei Monaten zum ersten Mal wieder eine Betriebsratssitzung statt. An dieser Sitzung nahm außer den anderen Roten Betriebsräten bei HDW auch Bernd Woitella teil, der trotz juristischen Erfolgs gegen eine fristlose Entlassung durch die HDW-Bosse weder von der HDW-Geschäftsleitung noch von der reaktionären Betriebsratsclique als Betriebsrat akzeptiert wird. Bei dieser Betriebsratssitzung ging die reaktionäre Betriebsratsclique so weit, den von den Kollegen von HDW gewählten Roten Betriebsrat Bernd Woitella mit Gewalt an der Teilnahme der Sitzung zu hindern. Anschließend lehnten sie jeden Antrag, den die anderen Roten Betriebsräte stellten, etwa den Antrag auf die Durchführung einer Betriebsversammlung, ab.

Lohnraubabschlüsse

In Bremen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz hat auch der Gewerkschaftsapparat für die Beschäftigten von Handel, Banken und Versicherungen einen Lohnraub-Tarifvertrag von rund 6% abgeschlossen.

Westberliner Elektrizitätswerke

Mit einem mehrstündigen Streik protestierten 40 Lehrlinge bei den Westberliner Elektrizitätswerken gegen die drohende Entlassung von sieben Lehrlingen nach der ersten Ausbildungsstufe.

Bremer Vulkan

Eine Gruppe von Schweißern in der Kesselschmiede des Bremer Vulkan legte für einen halben Tag die Arbeit nieder und ging zum Betriebsrat, um so gegen eine Verschärfung des Akkords zu kämpfen. Sie errangen einen Teilerfolg.

Revisionistisches

„DAS GESETZ DER GLEICHEN MÖGLICHKEITEN, ABER DER UNGLEICHEN REALITÄTEN."

Um die Verschlechterung der Lebensverhältnisse der Werktätigen in den revisionistischen Ländern zu rechtfertigen, die durch die Wiedererrichtung des kapitalistischen Ausbeutungssystems hervorgerufen wird, müssen die modernen Revisionisten zu immer gewagteren „Argumenten" greifen.

Betrachten wir einmal einige dieser „Argumente".

Am 23. Juli beschäftigte sich das polnische Fernsehen mit den ständig steigenden Preisen für Lebens- und Grundnahrungsmittel. Gast im Warschauer Studio: der Agrarexperte Professor Grochowski. Frage des Interviewers: „Weshalb gibt es diese Regel steigender Beschaffungspreise?"

Grochowski: „Der erste Grund ist biologischer (!) Art. Im Gegensatz zur Industrie, wo festgelegte finanzielle Aufwendungen zu festgelegten Erträgen führen, besteht in der Landwirtschaft eine biologische Schranke für die Ertragssteigerung. Um die Erträge zu erhöhen, werden ständig größere Mittel benötigt."

Das Gerede von der „biologischen Schranke" ist natürlich blühender Unsinn. Im sozialistischen China und im sozialistischen Albanien wird man diese „Schranke" vergeblich suchen. Die Verbraucherpreise sind stabil und werden häufig sogar gesenkt. Die Ankaufspreise des Staates dagegen werden erhöht, während gleichzeitig die Preise für Düngemittel, Traktoren usw. fallen. So kann sich der Lebensstandard der Werktätigen auf dem Land und in der Stadt verbessern, verringern sich die Unterschiede zwischen Stadt und Land. In Polen ist es gerade umgekehrt. So steigerten die polnischen Revisionisten z.B. die Preise für Düngemittel in den letzten Jahren um das Zehnfache, ganz zu schweigen von den ständigen Preissteigerungen für die Verbraucher, eine Erscheinung, die wir aus unserem Land sehr gut kennen. Die „biologische Schranke" Grochowskis entpuppt sich ganz einfach als Resultat der kapitalistischen Ausbeutung der polnischen Werktätigen durch die neue Bourgeoisie, die auch die Bauern trifft. „Tatsächlich ging ihr Einkommen noch weiter zurück", muß der Agrarexperte zugeben.

Mit dem Einkommen der Werktätigen beschäftigte sich kürzlich auch die ungarische revisionistische Zeitung „Magyar Hirlap" genauer: mit den Einkommensunterschieden, die in der ungarischen Gesellschaft bestehen. „Wie fünf zu eins", stellt die Zeitung fest, ist heute in Ungarn das Verhältnis zwischen den höchsten und niedrigsten Einkommen (schon das ist allerdings gelogen, denn die Einkommen der Angehörigen der neuen ungarischen Bourgeoisie liegen weit höher). Was man dagegen tun kann? Gar nichts! „Magyar Hirlap": **„Dies ist das Gesetz der gleichen Möglichkeiten, aber der ungleichen Realitäten."**

In der Tat eine offenherzige Enthüllung der modernen Revisionisten. Heißt es nicht auch bei uns immer, daß jeder die gleichen Chancen hat, wobei es „leider" in der Realität noch Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten gibt?

Nicht anders als bei uns ist die „Argumentation" der ungarischen Revisionisten eine zynische Bemäntelung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, in der der neuen Bourgeoisie alle Möglichkeiten offenstehen, während sich die Lage der Werktätigen ständig verschlechtert.

Die revisionistischen „Argumente" stammen aus der Mottenkiste der Kapitalisten — Dokumente der Selbstentlarvung einer durch und durch bankrotten Politik.

Erst Erpressung, dann Spaltung

GEW-Apparat schliesst Verband Westberlin aus

Der reaktionäre GEW-Apparat (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), der sich zumeist besonders „fortschrittlich" und „demokratisch" zu geben sucht, hat sein wahres Gesicht in aller Offenheit gezeigt: Weil es den reaktionären GEW-Bonzen in Westberlin nicht gelang, in ihrem Landesverband die Annahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB durchzusetzen, nach denen Revolutionäre und Kommunisten aus den Gewerkschaften ausgeschlossen werden sollen, wurde kurzerhand der Westberliner Verband aus der Bundesorganisation und damit aus dem DGB ausgeschlossen. Der GEW-Apparat hat sich damit in aller Deutlichkeit als durch und durch reaktionär erwiesen, dem von der Erpressung bis zur Spaltung jedes Mittel recht ist, um die politische Unterdrückung in den eigenen Reihen durchzusetzen.

Schon seit über 1 1/2 Jahren versucht der reaktionäre DGB-Apparat in den GEW-Landesverbänden die Unvereinbarkeitsbeschlüsse durchzusetzen. Da die GEW nämlich nicht von Anbeginn Mitglied im DGB war, verfügt sie noch über besondere Landessatzungen, für die die DGB-Beschlüsse nicht ohne weiteres unmittelbar bindend sind. Diese Satzungen sollen abgeschafft und durch die DGB-Satzung samt Unvereinbarkeitsbeschlüssen ersetzt werden. Ist das in Landesverbänden wie Hamburg und anderen schon gelungen, so sind in Westberlin bisher alle Versuche des reaktionären GEW-Apparates gescheitert.

Die Vorgeschichte:

Bereits im Oktober 1975 fand in Westberlin eine außerordentliche Delegiertenversammlung statt, auf der nach dem Willen des reaktionären Apparats die Unvereinbarkeitsbeschlüsse übernommen werden sollten. Doch der Widerstand in den Bereichsmitgliederversammlungen dagegen war stark, so daß viele Delegierte dagegen stimmten. Ganze drei Mal mußten die GEW-Bonzen die Abstimmung damals wiederholen, bis sie eine 2/3 Mehrheit für die Übernahme der Beschlüsse zusammengezimmert hatten. Doch indem der GEW-Apparat damit die Beschlüsse für angenommen erklärte, verstieß er offen gegen die eigene Satzung, die bei Satzungsänderung eine 3/4 Mehrheit vorschreibt. Einige Kollegen der GEW erwirkten daraufhin einen Gerichtsbeschluß gegen die Abstimmung, die für ungültig erklärt wurde.

Der reaktionäre DGB- und GEW-Apparat, der sein Manöver gescheitert sah, begann zu toben. GEW-Boss Frister stellte dem Westberliner Landesverband ein Ultimatum: Bis zum 31. 8. 76 muß die GEW-Westberlin die Bundessatzung und somit die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB übernommen haben, sonst erfolge der Ausschluß aus der Bundesorganisation und damit auch aus dem DGB. Diese Erpressung zeigte in aller Deutlichkeit, daß Delegiertenversammlungen, das ganze angeblich so „demokratische" Brimborium des GEW-Apparates nur solange durchgeführt werden, wie der reaktionären GEW-Führung Folge geleistet wird. Sobald aber sich der Widerstand gegen diese reaktionäre Linie entwickelt, wird jedes Mittel angewandt, von der Erpressung bis zur Spaltung, um diesen Widerstand zu brechen.

Erneute Delegiertenkonferenz

Für den 25. 8. wurde eine erneute Delegiertenkonferenz einberufen, die die Unvereinbarkeitsbeschlüsse mit 3/4 Mehrheit annehmen sollte. Schon Tage vorher begann der reaktionäre GEW-Apparat in Westberlin, mit Druck und Drohungen die Mitglieder einzuschüchtern. Doch der Gipfel war die Versammlung selbst. Zu Beginn hielt der stellvertretende DGB-Vorsitzende eine Hetzrede gegen Kommunisten und Revolutionäre. Als nächster sprach der GEW-Vorsitzende von Hamburg. Er war begeistert, wie großartig sich mit der neuen Satzung arbeiten lasse: 15 Gewerkschaftler wurden in Hamburg ausgeschlossen, ohne daß der Landesvorstand sich die Finger allzu schmutzig machte — denn das besorgt nach der neuen Satzung der Bundesvorstand. Ein anderer GEW-Bonze stellte sich doch tatsächlich hin und rechnete den Kollegen vor, daß eine Loslösung vom DGB materielle Nachteile für die Kollegen bringen würde, da sie zum Beispiel ihre Mitgliedschaft im DGB-Auto-Club verlieren würden. Dann beschworte die Vorsitzende der Westberliner GEW, Kujawa, die Versammelten. Mit Tränen in den Augen forderte diese Reaktionärin, die sich noch nie Sorgen über das Los der Werktätigen gemacht hat, dazu auf, um Himmelswillen mit „ja" zu stimmen — man denke doch nur an die 15 Angestellten der GEW in Westberlin, die ihren Posten sonst verlieren würden. Doch aus dem Saal wurde dieser üblen Demagogin immer wieder geantwortet: „Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen!"

Die revisionistische SEW trat ebenfalls für die Übernahme der Beschlüsse auf — denn diese Revisionisten sind selbstverständlich von den Unvereinbarkeitsbeschlüssen ausgenommen. Und die Revisionisten wünschen nichts lieber, als daß die wirklichen Revolutionäre und Kommunisten ausgeschlossen werden, weil sie die Revisionisten und ihren Verrat immer wieder aufdecken. Ihre Begründung für ihre Forderung: Man sei ja zwar eigentlich gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, aber man wolle mit der Arbeiterklasse — mit dem DGB verbunden bleiben. Diese elenden Heuchler scheuten sich nicht, den DGB als Kampforganisation der Arbeiterklasse hinzustellen.

Ein weiteres Druckmittel war, daß die Abstimmung nicht geheim durchgeführt wurde und somit der GEW-Apparat leicht feststellen kann, wer gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gestimmt hat. Doch die Abstimmung war eine schwere Niederlage für den reaktionären DGB- und GEW-Apparat. 109 Delegierte, über ein Viertel der Versammlung, stimmte gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse. Das war ein bedeutender Sieg für alle fortschrittlichen und revolutionären GEW-Kollegen.

GEW-Apparat spaltet

Der reaktionäre GEW-Apparat machte daraufhin seine unverschämte Drohung war und spaltete die GEW: Der Westberliner Verband wurde von Frister ausgeschlossen und damit auch aus dem DGB geworfen. Und selbst der Westberliner Landesverband soll von ihnen nun auch noch gespalten werden. Der reaktionäre GEW-Apparat ruft in Westberlin jetzt dazu auf, neben dem bestehenden Landesverband eine neue GEW in Westberlin zu gründen, die Mitglied im DGB sein soll: Voraussetzung für die Mitgliedschaft ist die Unterschreibung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse! Bereits am 1. 9. soll ein Büro zur Einschreibung in die neue GEW im Westberliner DGB-Haus eröffnet werden. Das zeigt, daß selbst dieses weitere Spaltungsmanöver vorbereitet war.

Das reaktionäre spalterische Vorgehen des GEW-Apparats, der Versuch, mit allen Mitteln die politische Unterdrückung von Revolutionären und Kommunisten in der Gewerkschaft durchzusetzen, wird nicht ohne Antwort der GEW-Kollegen bleiben: Die fortschrittlichen und revolutionären Kollegen werden sich noch enger im Kampf gegen den reaktionären Apparat zusammenschließen.

Nach neuem Zeitungsaufkauf

Springer gehören von 5 Münchner Zeitungen 3!

In der vergangenen Woche hat der Springer-Konzern wieder einmal zugeschlagen. In München kaufte sich Springer beim „Pressehaus Bayerstraße" ein, das den „Münchner Merkur" (Auflage 190000) und die Zeitung „tz" (Auflage 200000) herausgibt. Zusammen mit der „Bild"zeitung gehören damit praktisch drei der fünf Münchner Tageszeitungen dem Westberliner Zeitungszaren.

Gehören Springer jetzt 24,99% des Münchner „Pressehauses", so ist ihm das offensichtlich noch nicht genug. Es wird bereits der Aufkauf der Mehrheit der Anteile vorbereitet. Verleger Buttersack, von dem Springer seine Anteile erwarb, kaufte von dem Erlös weitere Anteile von der Familie Huck, die bisher noch die Merhheit des Verlages besaß. Bekommt Springer auch diese Anteile in seine Hände, so verfügt er über 51% der Verlagsanteile. Redakteure, Angestellte und Arbeiter erfuhren von alledem erst nach Abschluß des Vertrages. Sie wurden praktisch zu einem Viertel mitverkauft. Für sie bedeutet der Einstieg von Springer eine Gefährdung ihrer Arbeitsplätze. Schon jetzt heißt es, daß Springer in München ein Großdruckzentrum errichten will, in dem alle drei Zeitungen, „Bild", „Merkur" und „tz" gedruckt werden sollen. Für einen Teil der Arbeiter in der bisherigen Druckerei würde das Entlassungen bedeuten. Zudem würde der Bau eines solchen Druckzentrums die Konkurrenz unter den Münchner Druckereien verschärfen und früher oder später zu weiteren Stillegungen führen.

Die immer weiter anwachsende Konzentration der bürgerlichen Presse zeigt immer offensichtlicher, daß die angebliche „Pressefreiheit" die „Freiheit von 200 Reichen ist, ihre Meinung zu verbreiten", wie es selbst der reaktionäre Journalist Seethe einmal feststellte, nachdem er bei Springer gefeuert worden war. Heute aber sind es nicht einmal mehr „200 Reiche". An der Gesamtauflage der Tageszeitungen von 21,9 Millionen Exemplaren täglich hat allein die „Bild" einen Anteil von 4 Millionen Exemplaren. Dazu kommen dann noch Springers „Berliner Morgenpost", die „BZ", „Die Welt", das „Hamburger Abendblatt" und andere. Heute verfügen die fünf größten Pressekonzerne in der Bundesrepublik mit Springer an der Spitze über 81% der Gesamtauflage aller Zeitungen mit einer Auflage von 50000.

Das Ergebnis dieser Konzentration ist praktisch eine Gleichschaltung der Presse, wie sie nur noch in der Zeit des Hitlerfaschismus überboten worden ist, wo im wesentlichen ein einziger Pressetrust herrschte. Auch wenn die Bourgeoisie und ihre Regierung in Bonn bisweilen theatralisch gegen die Kartellbildung im Pressewesen wettern — ihr ist diese Entwicklung nur recht. Denn je größer die Konzentration, desto einfacher ist es für sie, das und nur das in den Zeitungen erscheinen zu lassen, was für sie in der jeweiligen Situation am günstigsten ist. Schützenhilfe für eine faschistische Gleichschaltung der Presse findet die Bourgeoisie dabei gerade bei den D„K"P-Revisionisten, die sich stets als Erzfeinde der Springerpresse gebärden. Sie fordern als „Kampfmaßnahme" gegen die Pressemonopole, daß diese in „öffentliches Eigentum", also in das Eigentum des kapitalistischen Staatsapparates verwandelt werden. Eben das aber ist nichts anderes als eine Gleichschaltung wie sie jetzt schon bei Rundfunk und Fernsehen besteht, die vom Staatsapparat betrieben werden. Ob konterrevolutionäre Hetze, Lügen und Verdummung durch Pressemonopole wie Springer oder durch den Staatsapparat, — die Arbeiterklasse will weder das eine noch das andere. Presse wie auch Rundfunk und Fernsehen sind im Kapitalismus eine Waffe der Bourgeoisie, die sie gegen die Werktätigen richtet, die dazu dient, sie in Unwissenheit zu halten und im Dienst der Bourgeoisie aufzuhetzen. Ihr diese Waffen zu nehmen, Presse, Rundfunk und Fernsehen in den Dienst der Arbeiterklasse zu stellen, das wird nur durch den Sturz der Bourgeoisie möglich sein.

Vom Aufbau des Sozialismus

ARBEITSTAGUNG DER BARFUSSÄRZTE

Ende Juni fand in der Nähe von Schanghai eine Arbeitstagung von Barfußärzten aus allen Teilen Chinas statt. Anlaß dieser Tagung war, daß sich am 27. Juni zum elften Mal der Tag jährte, an dem Genosse Mao Tsetung erklärt hatte: „Bei der medizinischen Arbeit und Gesundheitspflege muß der Schwerpunkt auf die Dörfer gelegt werden."

Wie war es dazu gekommen?

Vor der Befreiung des chinesischen Volkes hatten die Werktätigen unter Armut und Krankheit zu leiden wie etwa heute die Werktätigen in Indien. Nach der Befreiung, als die Werktätigen unter Führung der Kommunistischen Partei die Diktatur des Proletariats errichteten, begann sich das zu ändern. Die wichtigsten Bedingungen für die grundlegende Verbesserung der Volksgesundheit wurden geschaffen, gefährliche Krankheiten Schritt für Schritt unter Kontrolle gebracht.

Aber vor Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution im Jahre 1966 lag unter dem Einfluß der revisionistischen Linie Liu Schao Tschis das Schwergewicht von Medizin und Gesundheitswesen auf den Städten und auf der Behandlung von Krankheiten; die weiten ländlichen Gebiete dagegen, in denen die überwältigende Mehrheit der chinesischen Werktätigen lebt, und die Vorbeugung gegen Krankheiten wurden vernachlässigt, ja für überflüssig gehalten.

Das änderte sich im Laufe der Kulturrevolution gründlich.

Um die Volksgesundheit auf dem Land schnell und wirksam zu verbessern, entstand die Bewegung der sogenannten Barfußärzte. Diese sind zu-



Eine Barfuß-Ärztin untersucht Hirten in Nord-Tibet

gleich Bauern und Ärzte. Sie erhalten eine Ausbildung, die sie befähigt, die wichtigsten Krankheiten zu erkennen und zu heilen und gleichzeitig die Kenntnisse, die sie brauchen, um die Landbevölkerung dazu zu erziehen, Krankheiten vorzubeugen. Heute gibt es in China eineinhalb Millionen Barfußärzte. 85% aller Produktionsbrigaden haben ein genossenschaftliches System der medizinischen Betreuung, in dessen Rahmen die Barfußärzte Reihenuntersuchungen durchführen und endemische und von Parasiten verursachte Krankheiten behandeln.

Ein Beispiel dafür ist der Kampf, den die Barfußärzte im Kreis Kunschan in der Provinz Kiangsu führten. Dort war das Schneckenfieber weit verbreitet. In den sechs Jahren seit 1970 waren die Barfußärzte die Hauptkraft des Kampfes gegen diese Krankheit. Und sie hatten Erfolg. 90% der Patienten sind geheilt. Die Fläche, auf der die Schnecken, die Überträger der Parasiten, ausgerottet wurden, war elfmal größer als die Fläche, die in den 17 Jahren vor der Großen Proletarischen Kulturrevolution von Schnecken gesäubert wurde.

Ein anderes Beispiel ist der Kampf, der im Kreis Lunghua geführt wurde. Dort, in einem bergigen Gebiet in der Provinz Hopeh, litten 17% der Bevölkerung wegen des Jodmangels im Trinkwasser an Kropf. 1974 begannen die Barfußärzte, angeleitet vom Kreisparteikomitee und mit Hilfe von Berufsmedizinern, mit den Reihenuntersuchungen und nahmen die Therapie auf. Das Ergebnis war, daß etwa 20000 Patienten geheilt wurden.

Staatsanwaltschaft Trier

Ermittlungen gegen Justizorgane eingestellt

Die Staatsanwaltschaft Trier hat jetzt das Ermittlungsverfahren im Zusammenhang mit dem Tod von Holger Meins eingestellt, weil — so wörtlich — „dem Anstaltsarzt oder einem sonstigen Organ der Justiz irgendein Versagen" — nicht anzulasten wäre. Anlaß genug für die bürgerliche Presse, in dicken Lettern zu drucken: „Meins tötete sich selbst."

Im November 1974, als der Tod von Holger Meins bekannt wurde, hatten Tausende gegen diesen barbarischen Justizmord an einem wehrlosen politischen Gefangenen protestiert. Rechtsanwalt Haag, der Anwalt von Holger Meins erstattete Anzeige wegen Mord. Die Bourgeoisie versuchte damals mit Polizeiterror, Lügen und Verleumdungen den Spieß herumzudrehen. So wurde etwa versucht, Rechtsanwalt Haag, der Holger Meins zuletzt gesehen hatte, als Mörder seines Mandanten hinzustellen.

Heute hält die Justiz solche absurden Behauptungen nicht mehr aufrecht. Stattdessen versucht die Staatsanwaltschaft Trier, Begründungen für eine „Selbstmord"-Theorie zusammenzuzimmern, die auch damals schon in die Welt gesetzt wurde.

Von Rechtsanwalt Haag waren damals in seiner Anzeige vor allem zwei Gründe für den direkten Mordvorwurf genannt worden: 1. daß die Justiz Holger Meins in den letzten Wochen seines Lebens systematisch zu wenig Nahrung zugeführt, ihn praktisch ausgehungert hat; 2. daß die Justizbehörden sich zunächst weigerten, den Gefangenen durch einen Arzt seines Vertrauens untersuchen zu lassen und ihm zu einem Zeitpunkt, als er bereits völlig ausgezehrt war, sich praktisch nicht mehr bewegen und kaum noch sprechen konnte, überhaupt ohne ärztliche Aufsicht ließen und jede ärztliche Hilfe verweigerten.

Die Justiz hatte zunächst, nach dem Tod von Holger Meins, beides als Verleumdungen bezeichnet. Die Staatsanwaltschaft Trier sieht sich allerdings jetzt gezwungen, auf diese Feststellungen einzugehen und muß auch teilweise zugeben, daß sie den Tatsachen entsprechen.

So gibt die Staatsanwaltschaft Trier unter anderem auch zu, daß Holger Meins tatsächlich in den letzten Wochen seines Lebens „manchmal" nur 400 Kalorien erhalten habe, wohingegen 1 200 Kalorien für einen erwachsenen Menschen lebensnotwendig sind.



Die Leiche von Holger Meins nach der Obduktion.

Aber das ist für die Staatsanwaltschaft nicht etwa ein Grund, bei den Justizbehörden irgendeine Verantwortung für den Tod von Holger Meins zu sehen. Im Gegenteil! Mit geradezu unglaublichem Zynismus wird erklärt, dieses systematische Aushungern habe nichts mit dem Tod von Holger Meins zu tun, ja jeder gesunde, normal ernährte Mann könne ohne weiteres zwei Monate hungern. Daß Holger Meins doch gestorben sei, müsse daran liegen, daß er bereits vor Beginn des Hungerstreiks heimlich zu wenig gegessen habe!

Fast noch ungeheuerlicher ist die zweite Lüge, mit der sich die Justiz gegen den Vorwurf des Mordes verteidigt. „Holger Meins wiegt weniger als 42 Kilo, kann nicht mehr gehen, kann kaum noch sprechen. Er stirbt." — hatten die Anwälte damals an den zuständigen Richter Prinzing telephoniert. Das war an einem Samstag. Die einzige Antwort war: Die Gefängnisärzte kämen erst am Montag wieder. Diese Tatsache kann natürlich auch die Staatsanwaltschaft Trier nicht aus der Welt schaffen. Sie rettet sich deshalb in neue Lügen. In die Behauptung nämlich, zu diesem Zeitpunkt sei Holger Meins sowieso nicht mehr zu helfen gewesen, im übrigen wäre eine Ernährung über Infusionen im Krankenhaus „an dem mit Sicherheit zu erwartenden Widerstand des Gefangenen gescheitert." Am Widerstand des Gefangenen? Ein einziger Blick auf das nebenstehende Bild, das den toten Holger Meins zeigt, entlarvt den bodenlosen Zynismus dieser Behauptung, zeigt, daß die Justiz damals wie heute nicht daran denkt, die wirklichen Ursachen für den Tod von Holger Meins aufzudecken. Es geht ihr nach wie vor nur darum, die Verantwortlichen für dieses Verbrechen zu schützen. Dabei scheut sich die Staatsanwaltschaft Trier nicht, einem Toten, dem Opfer des Justizterrors, die Verbrechen der Justiz in die Schuhe zu schieben.

Aber mit dieser Begründung für die Einstellung der Ermittlungen gegen die Verantwortlichen für den Tod von Holger Meins, erweist sich die Justiz selbst einen Bärendienst. Denn hier zeigt sich ganz klar; verantwortlich für den Tod von Holger Meins ist nicht nur ein gewissenloser Anstaltsarzt, nicht nur der verantwortliche Richter Prinzing. Hinter ihnen steht die gesamte Klassenjustiz, steht die Bourgeoisie.

Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus

Janos Batei, ein ehemaliger Ungar, der heute in Deutschland lebt, bekam Angst. Drei Tage lang mußte er sich im Institut für Rechtsmedizin psychiatrisch untersuchen lassen. Mußte Fragen über sich ergehen lassen wie die, ob es in seiner Familie Idioten oder Trinker gegeben habe — oder ob er vielleicht selbst einer sei. Janos Batei kam sich vor wie bei einer Gehrinwäsche. Tatsächlich entsprach diese Untersuchung auch ziemlich genau den Zielen einer solchen Gehirnwäsche. Sie war der bisher letzte Versuch, Janos Batei davon abzubringen, auf juristischem Weg gegen einen Polizisten zu kämpfen, der ihn geschlagen und verletzt hatte.

Es begann im Juli 1973 bei einer Paßkontrolle in Frankfurt. Batei wurde dabei geschlagen und festgenommen. Als er daraufhin auf der Wache den Polizisten nach seiner Dienstnummer fragte, schlug der Batei so fest auf das linke Ohr, daß er zu Boden stürzte. Kommentar des Polizisten: „Das ist meine Dienstnummer!"

Durch diese Mißhandlung verschärfte sich ein Wirbelsäulenleiden des ehemaligen Ungarn. Es ist zweifelhaft, ob er überhaupt wieder arbeiten kann.

Janos Batei erstattete gegen den Polizisten Anzeige wegen Körperverletzung. Nach einem halben Jahr stellte die Staatsanwaltschaft das Verfahren ein. Begründung: Es stünde Aussage gegen Aussage.

Dagegen wurde Beschwerde eingelegt. Ein Oberlandesgericht erklärte dann auch die Aussagen von Janos Batei für glaubwürdig und den Polizisten für hinreichend verdächtig, geschlagen zu haben. Daraufhin wurde vom selben Gericht ein Klageerzwingungsverfahren eingeleitet. Das war im März 1974. Zum Prozeß allerdings ist es bis heute noch nicht gekommen.

Richter Scheimann hoffte offensichtlich, es würde Gras über die Sache wachsen und verschleppte den Fall zwei Jahre lang. Bis Batei auf einen Prozeß drängte. Da setzte er dann nicht etwa einen Prozeßtermin an, sondern ließ Batei auf seinen Geisteszustand untersuchen. Auf deutsch: versuchte er, ihn zum Verrückten zu stempeln.

Nicht genug damit also, daß ein Polizist einen Menschen zusammenschlägt, ihm möglicherweise für immer die Möglichkeit nimmt zu arbeiten; nicht genug damit, daß trotz ärztlicher Atteste die Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen den Polizisten einfach einstellt. Nicht genug damit also, daß mit allen Mitteln versucht wird, die Polizei bei ihrem Terror gegen einen Werktätigen zu schützen, versucht das Gericht ihn auch psychisch fertigzumachen, ihn vor der Öffentlichkeit zum Spinner, zum Idioten zu erklären!

Das ist das wahre Gesicht der „funktionierenden Demokratie" in der Bundesrepublik! Diese angebliche „Demokratie" ist die reibungslose Zusammenarbeit aller Staatsorgane, von der Polizei über die Staatsanwaltschaft bis zu den Gerichten gegen die Werktätigen. Ist der Versuch, mit Hilfe dieser Unterdrückungsorgane, auch den geringsten Widerstand gegen den kapitalistischen Staat erbarmungslos zu unterdrücken.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

WESTBERLIN

Weil er im letzten Jahr einen Farbbeutel auf einen mit den Emblemen der faschistischen chilenischen Junta ausgestatteten Wahlkampfbus der CDU geworfen haben soll, wurde Anfang August Gen. Melchers (GRF) zu 900 DM Geldstrafe verurteilt.

HAMBURG

Gegen Rechtsanwalt Groenewold aus Hamburg ist von der Bundesanwaltschaft Anklage wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung erhoben worden. Aufgrund ähnlicher Vorwürfe war Groenewold bereits von der Verteidigung in Stammheim ausgeschlossen worden.

MÜNCHEN

Am 27. 8. fand in München ein Prozeß gegen zwei Genossen des KBW statt, denen vorgeworfen wurde, sie hätten Kleber gegen den § 218 in U-Bahnhöfen geklebt. Weil die Zuschauer beim Prozeß Parolen gegen den § 218 riefen, ließ Richter Stiasny den Saal räumen und verurteilte 24 Zuschauer zu einer Ordnungsstrafe von je drei Tagen, die sofort angetreten werden mußte. Die beiden Angeklagten wurden zu je 150 DM Geldstrafe verurteilt.

DUISBURG

Wie bereits berichtet, hatte die Duisburger Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen „Raubes" gegen Maicke Tuschen aus Duisburg eingeleitet. Maicke Tuschen war vorgeworfen worden, sie sei mit dafür verantwortlich, daß dem WAZ-Photographen Küpper bei einem Prozeß gegen den Kommunisten Peter Schulte in Mülheim seine Kamera abhanden gekommen sei. Dieser Versuch, einer bekannten Kommunistin einen Raub anzuhängen, scheiterte aber, weil der WAZ-Photograph Maicke Tuschen bei einer Gegenüberstellung gar nicht kannte.

Daß die Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen ausgerechnet auf Maicke Tuschen kam, ist kein Zufall, wenn man weiß, wie diese Ermittlungen geführt wurden. Wie Duisburger Genossen berichten, hatte Küpper, der WAZ-Photograph, zwei männliche Personen beschrieben, nach denen dann fieberhaft gesucht wurde — in aller Heimlichkeit. Kein anderer als der BKA-Beamte Schabronat, der am Polizeiüberfall auf die Arbeitsgerichtsverhandlung beteiligt war, an der auch Günter Routhier teilnahm, der bereits in zig Fällen Anzeige gegen Genossen der KPD/ML erstattet hat, bestellte Küpper dann zum 14. K und legte ihm eine Mappe mit Fotos von Genossen der KPD/ML vor. Küpper meinte daraufhin, daß auch ein Mädchen beteiligt gewesen wäre.

In der darauffolgenden Zeit wurde Küpper dann zu verschiedenen politischen Prozessen geschickt, um unter Angeklagten und Zuschauern „Verdächtige" zu finden. Unter anderem war er beim Prozeß gegen den Kommunisten Ulrich Grober in Recklinghausen, bei einem Prozeß gegen Maicke Tuschen in Duisburg usw. Um Küpper seine Aufgabe zu erleichtern, ließ man dann etwa beim Prozeß gegen Ulrich Grober die Ausweise aller Zuschauer kontrollieren.

Inzwischen wurde das Ermittlungsverfahren gegen Maicke Tuschen eingestellt. Die Ermittlungen selbst aber gehen weiter. Ein Beispiel dafür, daß die Polizei keine Mittel scheut, um bekannten Kommunisten weitere Strafverfahren anzuhängen und sie vor der Öffentlichkeit als „Kriminelle" präsentieren zu können.

SPENDENKONTO
Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.: 321004547
Stichwort: SOLIDARITÄT

OBERHAUSEN

Am 24. 8. fand in Oberhausen ein Prozeß gegen Joachim Herzog statt. Er war angeklagt, die Bundesrepublik böswillig verächtlich gemacht zu haben, indem er ein Flugblatt als presserechtlich Verantwortlicher unterzeichnet habe, in dem es heißt: „Der Staat plündert das Volk mit allen Tricks auf jede nur erdenkliche Art und Weise aus."

Zum Prozeß fand in Oberhausen eine Kundgebung statt, Flugblätter wurden verteilt, der „Rote Morgen" und „Die Rote Garde"-Zeitung verkauft. Daraufhin gingen mehrere Passanten mit zum Gericht. Im Prozeß zeigte sich, daß die Anklage auf sehr wackligen Füßen stand: Es war kein Flugblatt bei den Akten, es gab keinen Augenzeugen dafür, daß das Flugblatt verteilt worden war, und selbst der Zeitpunkt (Februar 76), zu dem das Flugblatt angeblich verteilt worden sein soll, konnte nicht stimmen, da das Thema des Flugblatts die letzten Fahrpreiserhöhungen waren, die bereits am 1. 1. 76 in Kraft traten.

Der Genosse zeigte dann im weiteren Verlauf des Prozesses auf, daß hier seine und die Weltanschauung der Partei verurteilt werden sollte, wobei der Klassenjustiz keine Konstruktion zu windig ist, um dieses Ziel zu erreichen.

Angesichts der offensichtlichen Ungereimtheiten in der Anklage und der breiten Unterstützung (30 Zuschauer waren gekommen) sah sich das Gericht zu einem Freispruch gezwungen.

Prozeß gegen Ernst Aust und Gernot Schubert

Am 3. 9. beginnt in Hamburg vor dem Landgericht die Berufungsverhandlung gegen Genossen Ernst Aust, den Vorsitzenden unserer Partei und Gernot Schubert. Angeklagt sind die beiden Genossen als Redakteur und Verleger des „Roten Morgen", der im Juni 1973 den Bundestag unter anderem als „Schwatzbude" bezeichnet hatte.

PROZESSTERMIN:

3. 9., Landgericht Hamburg, Hamburg-Altona, Max-Brauer-Allee, Jenckelhaus, 1. Geschoß, Zi. 119, Beginn 9.00 Uhr.

Prozeß gegen Hanfried Brenner

Am 31. 8., 1. 9. und 3. 9. findet vor dem Landgericht Duisburg die Berufungsverhandlung gegen Genossen Hanfried Brenner statt. Genosse Hanfried, früher Arbeiter bei Mannesmann, war Kläger in der Arbeitsgerichtsverhandlung, bei der die Polizei so brutal gegen Günter Routhier und andere Zuschauer vorging, daß Günter Routhier an den Folgen dieses Polizeieinsatzes starb. In erster Instanz war Genosse Hanfried im Zusammenhang mit dieser Arbeitsgerichtsverhandlung und wegen anderer Anklagepunkte zu 12000 DM Geldstrafe verurteilt worden. **Verhandlungstermine:** 31. 8., 1. 9. und 3. 9., jeweils 9 Uhr, Landgericht Duisburg, König-Heinrich-Platz, Zi. 101.

Prozeßankündigungen:

Am 9. 9. findet vor dem Amtsgericht Recklinghausen, Zi. 125, 12.00 Uhr, ein Prozeß gegen den Roten Betriebsrat Rudi T. aus Recklinghausen statt. Rudi ist angeklagt, in Recklinghausen ein Flugblatt gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz verteilt zu haben. Die Anklage lautet auf § 90 a, (Böswillige Beschimpfung und Verächtlichmachung der Bundesrepublik) und stützt sich u. a. auf den Satz: „Dabei hat die politische Unterdrückung in der Bundesrepublik schon jetzt ein Ausmaß erreicht, von dem sich viele nur schwer ein Bild machen können."

Termin gegen „Rote-Garde"-Zeitung aufgehoben

Der Termin für den Prozeß gegen Genossin Wiebke Haneld, Redakteurin der „Roten-Garde"-Zeitung, der auf den 15. 9. 76 angesetzt war, wurde aufgehoben. Ein neuer Termin ist noch nicht bekannt.

— Anzeige —

Aus dem Inhalt
Zum Paragraphen 88 a
Zum Paragraphen 140
Das 14. Strafrechtsänderungsgesetz hat berüchtigte Vorbilder
Was will und was wird die Kapitalistenklasse damit erreichen?
Dokumente des Kampfes gegen das 14. Strafrechtsänderungsgesetz
Unsere Antwort: Macht die ROTE HILFE stark!
Zu bestellen bei: Zentrale Leitung der RHD, 46 Dortmund, Stollenstr. 12



Zeitung der **Roten Hilfe Deutschlands**
erscheint monatlich
Preis: 0,20 DM
Abonnements für 1 Jahr: 6,00 DM
Bestellungen an:
RHD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., 46 Dortmund



Massensport im sozialistischen China

In ganz China nahmen am 16. Juli Zehntausende von Menschen an Schwimmveranstaltungen teil. Männer und Frauen, jung und alt beteiligten sich. Allein in Peking waren es 6.000, die unter den Klängen von „Der Osten ist rot" den Kunming-See durchschwammen.

Der 16. Juli ist der Tag, an dem Genosse Mao Tsetung vor zehn Jahren den Yangtse durchschwamm. Ein Beispiel, das die chinesischen Arbeiter, Bauern und Jugendlichen begeisterte, das vor allem für die Millionenbevölkerung auf dem Land zum Ansporn wurde, alte Vorurteile zu überwinden und entscheidend mit dazu beitrug, in China eine breite Bewegung des Volkssports zu schaffen.

In Übereinstimmung mit der Weisung des Vorsitzenden Mao „Fördert Körperkultur und Sport und verbessert die Volksgesundheit!" ist es das Ziel des chinesischen Sports, der sozialistischen Revolution und dem sozialistischen Aufbau zu dienen, indem die Volksgesundheit verbessert wird.

Überall, in Kindergärten, Schulen, Fabriken, Gruben, Geschäften und in den Büros, nehmen jeden Tag Kinder, Studenten, Funktionäre und Arbeiter an den gymnastischen Übungen teil, die über das Radio übertragen werden. Spezialisten für Körperkultur haben verschiedene Übungen ausgearbeitet, die auf die unterschiedliche körperliche Belastung der Stahlarbeiter, der Kumpel, der Textilarbeiter, Bauarbeiter, Docker usw. hin ausgerichtet sind.

Daneben werden andere Sportarten betrieben. Ballspiele etwa erfreuen sich großer Beliebtheit bei den Werktätigen in Chinas Fabriken, ländlichen Gebieten, Büros, Schulen und den Einheiten der Volksarmee.

Auch entsprechende Sportmöglichkeiten gibt es überall. Man kann Tischtennis oder Basketball auf den Fabrikhöfen, auf den Tennen in den Dörfern, auf den Übungsplätzen der Armee, auf Plätzen bei den Wohnblocks, in entlegenen Bergdörfern und Fischerdörfern auf kleinen Inseln spielen. Die Sportbegeisterung, die heute in China herrscht, äußert sich auch darin, daß neben der Ausrüstung, die in den großen Sportfabriken hergestellt wird, so manches Stück von den Werktätigen selbst geschaffen wird.

Eine beliebte Sportart in China ist Fußball. Im alten China war Fußball, wie viele andere Sportarten, eine exklusive Erholungsmöglichkeit für die Reichen; Sportmanager benutzten ihn als Geldquelle. Nach der Befreiung, im sozialistischen China, wurde Fußball, gefördert von der Partei und der Volksregierung, ein Volkssport. Inzwischen gibt es über 10 Millionen Fußballspieler; Arbeiter, Bauern, Soldaten, Studenten und örtliche Funktionäre betreiben diesen Sport. Allein die Grundschulen in acht Distrikten der Stadt Tientsin haben mehr als 300 kleine Fußballmannschaften. Diese Jüngsten spielen auf kleineren Spielfeldern mit sieben Spielern auf jeder Seite.

Der beliebteste Wintersport in China ist Langlauf. Jeden Winter sind es fast 2 Millionen Menschen in Peking, Schanghai und Tientsin, die sich am Langlauf beteiligen. In den nordwestlichen und nordöstlichen Gebieten Chinas, die im Winter schneebedeckt sind, fährt man dagegen gerne Schlittschuh oder Ski.



Der Langstreckenlauf hat in der VR China eine lange Tradition. 1973 beteiligten sich während des Frühlingsfestes 3000 Einwohner der Stadt Peking an einem Lauf um die Stadt.

Einer der charakteristischen Züge des chinesischen Sports ist der Zusammenhang zwischen der produktiven Arbeit und dem Sport. Ein Beispiel dafür ist ein Bauernsportfest, das in der Volkskommune Roter Stern, am südlichen Stadtrand von Peking gelegen, durchgeführt wurde. Beim Hundertmeterlauf für Männer und Frauen, die als Reiszüchter arbeiten, wurde in der Mitte der Laufbahn Reisstroh gestreut. Wenn die Läufer diesen Teil der Bahn erreichten, mußten die Wettkämpfer das Stroh in Garben zusammenbinden und aufstellen, bevor sie ihren Spurt zum Ziel begannen. Ein 48 Jahre alter Mann, Li Kuang-hsiang, war der älteste Teilnehmer. Er konnte zwar nicht mehr so schnell laufen wie die Jüngeren, aber er war schnell und geschickt beim Zusammenbinden des Strohs. Gefragt, warum er mit Jüngeren zusammen an einem Wettbewerb teilnehme, sagte Li: „Ich treibe nicht Sport, um einen Titel zu gewinnen, sondern um fit zu bleiben. Mit guter Gesundheit kann ich mehr beitragen zur Bewegung, von Dadschai zu lernen, dem nationalen Schrittmacher in der Landwirtschaft und beim Aufbau eines neuen Lebens auf dem Lande."



Die VR China achtet auf eine gesunde körperliche Erziehung der Jugend. Das körperliche Training beginnt schon im Kindergarten mit Sportspielen, zum Beispiel Tauziehen.

Einen weiteren Aufschwung hat der Volkssport durch die Teilnahme der Frauen genommen. Seit dem Beginn der Kulturrevolution ist das machtvolle Anwachsen des Massensports in China auch darauf zurückzuführen, daß eine große Anzahl von Frauen, vor allem aus den ländlichen Gebieten, begeistert an sportlichen Aktivitäten teilnimmt. Die Frauen kritisieren die Doktrin von Konfuzius, daß der Mann der Frau überlegen sei. Sie haben mit den rückständigen alten Ideen gebrochen und nehmen an Sportarten aller Art teil.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Massensports ist die Teilnahme der Kinder. Zusätzlich zu den Sportstunden in Schulen und Kindergärten veranstalten die Jüngsten in Kindergärten und Grund- und Mittelschulen alle Arten von Spielen. Dazu trainieren insgesamt 120.000 Jungen und Mädchen auf 1.500 Freizeitschulen überall im Land.

Auch die Menschen aus den nationalen Minderheiten nehmen aktiv am Sport teil. Gleichzeitig mit der Förderung der traditionellen Sportarten wurden auch moderne Sportarten unter ihnen populär. So wurde etwa das Reiter-Schwert-Spiel, Hürdenrennen und Gymnastik auf Pferderücken, mit der die Mannschaft der Inneren Mongolei bei den Dritten Nationalfestspielen in China auftrat, auf der Grundlage des traditionellen Sports, kombiniert mit Gymnastik und akrobatischen Übungen, aufgebaut.

Dieses Anwachsen des Massensports hat mehr und mehr großartige Sportler hervorgebracht. Sieben von zehn Teilnehmern der insgesamt 10.000 Teilnehmer der Dritten Nationalfestspiele waren unter 22 Jahre alt. Von einer Mannschaft und vier Sportlerinnen wurde der Weltrekord in drei Disziplinen gebrochen. Zwei Sportlerinnen stellten den Weltrekord in zwei Disziplinen auf; drei Sportler brachen den Rekord der Asiatischen Spiele; der Landesrekord wurde in 62 Disziplinen überboten, ebenso der Landesrekord im Jugendsport in 64 Disziplinen.

Um den Massensport weiter zu fördern, gibt der sozialistische Staat Chinas jährlich große Summen aus, um Sportanlagen zu bauen und Sportmaterialien herzustellen. Seit dem Beginn der Großen Proletarischen Kulturrevolution im Jahr 1966 wurden nicht weniger als 1.000 gutausgerüstete Stadien, Gymnastikhallen und Schwimmanlagen gebaut und große Mengen von Sportmaterialien produziert.

Aber der chinesische Staat stellt den Werktätigen nicht nur Sportanlagen, Geräte und Sportschulen zur Verfügung. Gleichzeitig gehen die chinesischen Sportler regelmäßig in die Fabriken und auf die Dörfer, um dort den Massensport zu fördern, nehmen auf der anderen Seite die Arbeiter, Bauern und Soldaten ihre Aufgabe wahr, die Sportler im kämpferischen, proletarischen Geist zu erziehen, wie etwa auf den Dritten Nationalfestspielen, wo über 1.000 Arbeiter, Bauern und Soldaten der Hauptstadt Chinas während der Wettkämpfe Einzelsportler und Mannschaften politisch und ideologisch, der Fairneß und dem Können nach bewerteten.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Grüße des Genossen Heinz Baron

Liebe Genossen,

anläßlich des Roten Antikriegstags 1976 sende ich Euch, auch im Namen Saschas, der offensichtlich unter schlechteren Bedingungen inhaftiert ist und deshalb vielleicht nicht schreiben kann, brüderliche Kampfesgrüße.

Es ist klar, daß unsere Gedanken an diesem Tag besonders bei Euch sind, vier Jahre nach der „Schlacht am Karlstor", in der 5.000 Demonstranten unter Führung der Partei und der Roten Garde dem Imperialismus die Friedensmaske herunterrissen, die er sich bei den Olympischen Spielen umgehängt hatte, während gleichzeitig der US-Imperialismus Vietnam bombardierte und beide Supermächte ihre Finger schon in der Vorbereitung des Nah-Ost-krieges stecken hatten.

Natürlich war es richtig, Gewalt anzuwenden, als uns verboten wurde, da zu demonstrieren, wo die Massen waren; natürlich war es richtig, in den folgenden Prozessen die revolutionäre Gewalt zu verteidigen und den imperialistischen Staatsapparat der Bundesrepublik anzuklagen; natürlich war es richtig aufzuzeigen, daß sich das Volk nur mit Gewalt von Ausbeutung und Unterdrückung befreien kann, daß es das tun und unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei, der KPD/ML, die Diktatur des Proletariats errichten muß, um imperialistische Kriege zu beseitigen...

Rot Front, Euer Genosse Heinz

Freiheit für die Genossen Heinz und Sascha!

Die Rote Garde Neumünster sandte uns einen Brief an die Genossen Sascha und Heinz, der vom Rote-Garde-Treff Neumünster verabschiedet wurde. Wir drucken diesen Brief stellvertretend für andere Briefe an die Gefangenen des Roten Antikriegstags 1972 ab, die die Redaktion des „Roten Morgen" erreichten.

Die Rote Garde Neumünster schreibt unter anderem:

Liebe Genossen Sascha und Heinz!

Zum vierten Mal jährt sich der Tag, an dem Ihr mit der Partei und der Roten Garde die Polizeiketten durchbrochen und dem Olympia-Theater die Friedensmaske vom Gesicht gerissen habt. Diese Schmach wollte sich die Bourgeoisie nicht bieten lassen, reagierte mit Panik und Wut und hält Euch, liebe Genossen, heute gefangen, um Euren revolutionären Willen zu brechen und einen Schlag gegen die kommunistische Partei zu führen. Sie werden es aber nicht schaffen...

Und wenn wir uns jetzt aufmachen, 4 Jahre nach diesem großen Tag, wie jedes Jahr wieder auf die Straße zu gehen, um für den Frieden und den Sozialismus zu kämpfen, so seid Ihr bei unseren Demonstrationen eingereiht und marschiert trotz Kerkermauern neben uns!

Und unser Kampf und unsere Parolen sind verbunden mit der Forderung nach Freiheit für Euch, die Kämpfer vom Roten Antikriegstag!

„Die Linie entscheidet alles!"

Liebe Genossen!

Wir, zwei ehemalige KSG-Mitglieder, haben durch die prinzipienfeste und geduldige Unterstützung der Genossen den Weg zur Partei gefunden.

Obwohl wir tiefe Widersprüche zum Ökonomismus und der Perspektivelosigkeit der Politik des KABD hatten, erkannten wir lange Zeit nicht das Wesen der opportunistischen Linie des KABD, so wie dies der „Rote Morgen" Nr. 30 darstellt.

Nachdem wir aus der KSG ausgeschlossen wurden, liefen wir Gefahr, voll Mißtrauen zu resignieren. Wir konnten uns nicht vorstellen, daß es eine Organisation gibt, die ihre Mitglieder wirklich im Geist des Marxismus-Leninismus erzieht und leitet, daß Aufrichtigkeit und der feste Wille zur Revolution das Verhältnis der Genossen zueinander bestimmt. Hauptsächlich ein Genosse des KSB/ML half uns, das grundlegend opportunistische Wesen der Linie des KABD vollständig zu erkennen. Wir begriffen, was es bedeutet: „Die Linie entscheidet alles!" Indem wir das TO 2 zum Aufbau der kommunistischen Partei studierten und den „Roten Morgen" lasen, lernten wir die Linie der Partei an der entscheidenden Frage des Aufbaus der Kommunistischen Partei im Kampf gegen den modernen Revisionismus kennen.

Bereits nach kurzer Zeit der Erfahrungen mit der Partei ist unsere Überzeugung in die Richtigkeit der Linie und unser Wunsch, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland zu kämpfen, weiter gewachsen.

Rot Front, zwei Genossen aus Tübingen

Zeuge eines unerhörten Telefongespräches beim Arbeitsamt

Liebe Geenossen!

Ich bin beim Arbeitsamt. Die Arbeitsvermittlerin sagt mir gerade, daß sie keine Stelle für mich hat. Dabei werde ich Zeuge eines unerhörten Telefongesprächs, das ich Euch hier wiedergebe.

Das Telefon klingelt, und sie spricht in die Muschel:

„Welches Alter soll es sein? ... Mindestens 30 ... Und höchstens 40? ... Nein? ... Also 45. Männlein oder Weiblein? ... Egal. Wäre Ihnen nicht doch ein Mann lieber? ... Haben Sie inzwischen eine Sekretärin gefunden? ... Sicher, eine Chefsekretärin muß man schon gern um sich herum haben ... Wissen Sie, ich hätte eine Sekretärin. Sie spricht englisch und französisch, hat auch medizinische Kenntnisse, das wäre ja gut bei Ihnen. Sie hat von sich aus gekündigt, angeblich wegen Reibereien mit einem Apotheker. Sie hat aber ein kleines Kind, und ihre Mutter ist kürzlich gestorben. Ich vermute, daß sie deswegen gekündigt hat, ich kann es ihr nur noch nicht beweisen. Ich denke, das lassen wir dann lieber, nicht wahr? Das ist dann doch nicht das richtige für Sie ... Mann müßte Herrn Schmidt schreiben: Die älteren arbeiten, die jungen gehen auf der Straße spazieren ... Ja, für Haschhäuser wird Geld ausgegeben ... Also, Herr ... Wiederhören, Herr ..."

Rot Front, ein Genosse aus Karlsruhe

Veranstaltungen der KPD/ML

Wolfsburg
Veranstaltung zur Bundestagswahl, 18. 9., 19.00 Uhr, im „Schwanensee", am Hansaplatz.

Duisburg
Veranstaltung zum Prozeß gegen den Genossen Hanfried Brenner, 3.9., 19.00 Uhr, Gaststätte „Zum goldenen Stern", Sternbuschweg/Akazienstr.



Roter Antikriegstag 1976

In sieben Städten, in Hamburg, Westberlin, Hannover, Duisburg, Frankfurt, Stuttgart und München, riefen die Partei und die ROTE GARDE in diesem Jahr zu Roten Antikriegstagsdemonstrationen auf, die gemeinsam mit der Gruppe Rote Fahne veranstaltet wurden.

Mit einem Extrablatt des „Roten Morgen", mit Artikeln in den Betriebszeitungen der Partei, mit Wandzeitungen an Ständen, mit kleinen Kundgebungen und auf Arbeitertreffs hatte die Partei in vielen Orten der Bundesrepublik und in Westberlin zu diesen Demonstrationen aufgerufen, mit Hunderten von Werktätigen über die Haltung der Kommunisten zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg diskutiert. Die folgenden Photos zeigen Ausschnitte vom Roten Antikriegstag in der Bundesrepublik und in Westberlin.

Die Partei hatte vor allem unter folgenden Losungen zu den Demonstrationen aufgerufen: „Krieg dem imperialistischen Krieg! Nieder mit den beiden Supermächten, den Hauptkriegstreibern auf der Welt! Nieder mit dem westdeutschen Imperialismus! Für die sozialistische Revolution in Ost und West! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland!"



DUISBURG: Auch in Duisburg fand die Demonstration unter reger Anteilnahme der Bevölkerung statt. So wurden unter anderem 120 „Rote Morgen" verkauft. Die Demonstration fand ihren Abschluß mit einer kämpferischen Rede auf der Schlußkundgebung.



FRANKFURT: In Frankfurt ging der Demonstrationszug durch die Hoechster Innenstadt und durch ein Arbeiterviertel in Nied. Der Demonstrationszug erregte große Aufmerksamkeit unter der Bevölkerung. Während der Abschlußkundgebung in einem Neubauviertel in Nied hörten zahlreiche Bewohner von ihren Fenstern aus der Abschlußrede zu. Auf der Frankfurter Veranstaltung wurden 1632 DM für die Partei gespendet.



MÜNCHEN: Das Bild zeigt einen Teil des Münchner Demonstrationszuges bei der Abschlußkundgebung.



HAMBURG: 400 Menschen nahmen in Hamburg nach der Demonstration zum Roten Antikriegstag an einer Veranstaltung teil. Der kämpferische Charakter der Veranstaltung drückte sich auch im Spendenergebnis aus: 2028,40 DM wurden für die Partei gesammelt.



HANNOVER: Während der Demonstration in Hannover verteilten unsere Genossen rund 800 Extrablätter zum Roten Antikriegstag und verkauften 20 „Rote Morgen".



HAMBURG: Die Hamburger Genossen machten auf ihrer Demonstration mit diesem Transparent deutlich, daß gerade diejenigen, die am lautesten von Entspannung und Frieden reden, in Wahrheit die Hauptkriegstreiber sind: der USA-Imperialismus und der russische Sozialimperialismus.

Aus aller Welt

VR ALBANIEN

Die türkische Zeitung „Huerriyet" veröffentlichte in ihrer Ausgabe vom 20. August 1976 eine Meldung, daß angeblich albanische Truppen an der griechischen Grenze in Alarmzustand versetzt worden seien und daß Truppenkonzentrationen an der Grenze zu Griechenland erfolgt seien. In einer Erklärung der albanischen Nachrichtenagentur heißt es dazu: „Die albanische Nachrichtenagentur ist befugt, diese von der Zeitung ‚Huerriyet' verbreiteten Meldungen als Verleumdung und Provokation zurückzuweisen. An der Grenze der Volksrepublik Albanien zu Griechenland ist die Lage völlig normal und gibt es keine Konzentration albanischer Truppen. Das albanische Volk lebt in Freundschaft mit dem griechischen Volk und die Beziehungen zwischen Albanien und Griechenland entwickeln sich aufgrund der Politik der guten Nachbarschaft."

IRLAND

In der Republik Irland soll ein Notstandsgesetz erlassen werden, das Armee und Polizei noch freiere Hand läßt, gegen die Werktätigen und vor allem gegen den gerechten Kampf der irischen Patrioten vorzugehen. Mehrere Verfassungsparagraphen sollen dabei außer Kraft gesetzt werden. Danach kann die Polizei künftig jeden, der als revolutionärer Patriot verdächtigt wird, ohne Gerichtsbeschluß sieben Tage lang ins Gefängnis bringen. Hausdurchsuchungen können ohne richterliche Anordnung durchgeführt werden. Propaganda für den revolutionären Kampf der irischen Patrioten soll nach dem Notstandsgesetz mit Gefängnis bis zu zehn Jahren bestraft werden. Die Zugehörigkeit zu solchen revolutionären Organisationen soll statt wie bisher mit zwei Jahren künftig mit sieben Jahren Gefängnis verfolgt werden. Das neue Notstandsgesetz ist ein deutliches Zeichen dafür, daß die Regierung der Republik Irland sich den britischen Imperialisten beugt und ihnen dabei Schützenhilfe leistet, mit Terror den gerechten Kampf der irischen Patrioten gegen die Besatzermacht der britischen Imperialisten zu verfolgen. Entsprechend wurde diese Unterdrückungsmaßnahme von den britischen Imperialisten begeistert begrüßt.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES DEMOKRATISCHEN KAMPUCHEA

Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMPUCHEA

SPANIEN

Unter den Bedingungen der Illegalität hielt vor kurzem die Kommunistische Partei Spaniens/ML ihre 2. Nationale Konferenz ab. An dieser Konferenz nahmen 105 Delegierte aus dem ganzen Land sowie Delegierte der Kanarischen Inseln und aus der Emigration teil. Das Exekutivkomitee der KPSp/ML erstattete einen Bericht über die gegenwärtige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage des Landes. Darin wurde die Situation der werktätigen Massen und der revolutionären Bewegung Spaniens sowie die Aufgaben, die vor den spanischen Marxisten-Leninisten und allen Patrioten in ihrem Kampf gegen die monarcho-faschistische Diktatur und für die Republik stehen, tiefgehend analysiert. Auf der Konferenz wurden die betrügerischen Manöver des monarcho-faschistischen Regimes entlarvt, das neben der brutalen und blutigen Repression gegen die Patrioten und das gesamte Volk versucht, den antifaschistischen Kampf durch die Demagogie von der „Liberalisierung" und „Demokratisierung" zu ersticken. Es wurden im Ergebnis der Analyse eine Reihe Aufgaben gestellt, die der Partei erwachsen, wie das Prinzip des bewaffneten Kampfes anzuwenden, der unerläßlich ist, um mit der Oligarchie Schluß zu machen und die Volksdemokratie zu errichten, die den Weg zum Sozialismus eröffnet.

Die Konferenz verurteilte scharf einige rechte Ansichten und Standpunkte und warnte vor der Gefahr, die diese Ansichten, die infolge des Drucks der bürgerlichen und revisionistischen Ideologie bei Mitgliedern der Partei aufkommen, für die Partei darstellen.

Auf der Konferenz wurde außerdem der Vorschlag des Exekutivkomitees der KPSp/ML bekanntgegeben, Maßnahmen zu treffen, um innerhalb kurzer Zeit den 2. Parteitag der KPSp/ML einzuberufen.

PORTUGAL



Nachdem die Regierung Soares den Faschisten Spinola, der nach Portugal zurückgekommen ist, nach kurzer Haft freigelassen hat und ihm damit alle Möglichkeiten bietet, seine faschistischen Banden zu einem erneuten Putsch zu reorganisieren, fand in Lissabon eine große Demonstration unter der Führung der marxistisch-leninistischen PCP(R) und der Massenorganisation GDUP statt. Es wurde die sofortige Inhaftierung von Spinola, den faschistischen Geheimpolizisten der PIDE und den Faschisten gefordert. An der Demonstration nahmen mehrere tausend Werktätige teil, die dieser ungeheuren Provokation der portugiesischen Arbeiter **durch die Regierung den Kampf erklärten.**

WESTDEUTSCHLAND

Die Zusammenarbeit zwischen den westdeutschen Imperialisten und der reaktionären Tschiang-Clique, die Taiwan besetzt hält, plant Bonn auf dem Gebiet der Wissenschaft zu verstärken. Diese Zusammenarbeit richtet sich direkt gegen die nationalen Interessen der VR China und des ganzen chinesischen Volkes.

Bereits im Vorjahr war zwischen der Chenkung-Universität und der Technischen Hochschule Hannover und vor kurzem mit der Technischen Universität Aachen ein Abkommen geschlossen worden, demzufolge Professoren ausgetauscht werden sollen. Als erste werden Professor Bieger, Dekan der TH Hannover, Prof. Petershagen und Prof. Mayinger im Herbst Vorlesungen an der Universität der Tschiang-Clique halten. Es werden die Professoren Stark, Rektor der Universität Göttingen, Gregull, Rektor der TH München, und Dahl, Institutsleiter der TU Aachen, folgen. Auf der Grundlage der Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem deutschen Volk gilt es, gegen diese reaktionäre Zusammenarbeit den Kampf zu führen. Alle Beziehungen zu der reaktionären Tschiang-Clique müssen abgebrochen werden!

VANGUARDIA OBRERA SEMANAL — Spanien

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS UNI-VOS!
BANDEIRA VERMELHA
ÓRGÃO CENTRAL DO PARTIDO COMUNISTA PORTUGUÊS (RECONSTRUÍDO) — Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus, 2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49.**

Italien
PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!
nuova unità

Türkei
HALKIN SESİ 42

Dänische Arbeiter kämpfen gegen die Regierung

Gegen Lohnstopp und Steuererhöhungen

Zehntausende dänische Arbeiter haben in den letzten zwei Wochen gegen das neue Wirtschaftsprogramm der Regierung gestreikt. Am 18. August zogen 15000 Arbeiter vor das Gebäude des dänischen Reichstages in Kopenhagen, um gegen geplante Lohnsenkungen und Steuererhöhungen zu demonstrieren. In Odensee hatten am Vortage 4000 Werftarbeiter die Arbeit niedergelegt. Entgegen den Lügen der bürgerlichen Propaganda, die Dänemark stets gern als Beispiel für die „Sozialpartnerschaft" zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse hinstellen wollen, zeigt sich, daß der Klassenkampf in Dänemark sich zunehmend verschärft.

Die dänische Monopolbourgeoisie, die stark von der kapitalistischen Wirtschaftskrise erfaßt ist, sucht mit einem neuen Wirtschaftsprogramm ihren Profit auf dem Rücken der dänischen Werktätigen zu sanieren. Das neue Wirtschaftsprogramm der sozialdemokratischen Regierung Jörgensen sieht vor, die Lohnsteigerungen in den nächsten zwei Jahren auf 6% zu begrenzen, durch Erhöhung der Verbrauchersteuern für Benzin, Alkohol, Tabak usw. den Werktätigen 5 Mrd. Kronen mehr abzuknöpfen und darüber hinaus die sozialen Ausgaben des Staatsapparates um 4 Mrd. Kronen zu kürzen. Die Lage der dänischen Arbeiterklasse wird durch dieses Programm noch schwerer werden. Bereits unter den gegenwärtigen Bedingungen sinkt der Reallohn der Werktätigen ständig, da die Inflationsrate an die 12% beträgt. Die Arbeitslosigkeit in Dänemark liegt über 5%. Bei den Bauarbeitern in Kopenhagen ist sogar jeder vierte Maurer arbeitslos. Ihre Unterstützungen reichen kaum zum Notwendigsten. Der staatlich festgelegte Lohnstopp und die Steuererhöhungen aber bedeuten, daß der Lebensstandard der Werktätigen noch weiter gesenkt werden soll.

Für die dänische Monopolbourgeoisie jedoch garantiert das Programm der sozialdemokratischen Regierung, die sich in den Zeitungen auch noch als „Arbeiterregierung" feiern läßt, eine Erhöhung der Ausbeutung der Arbeiter und dazu noch direkte staatliche „Zuschüsse" in Milliardenhöhe. Das Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Marxisten-Leninisten Dänemarks (KFML), „Kommunist", schreibt dazu: *„Die Arbeiter sollen dafür zahlen, daß die Ausbeutung verstärkt und das Kapital gestützt wird. Das ist der Weg, den man geht, um den Kapitalismus zu erhalten — und genau das will die Sozialdemokratie. Es sind nicht — wie die D„K"P* (die dänische revisionistische Partei) *die Sozialdemokratie zu entschuldigen sucht — die offen bürgerlichen Parteien, die sie zu dieser Politik zwingen. Sondern, wie wir schon 1974 gesehen haben, ist in der Tat die Sozialdemokratie der beste Administrator des Kapitals, weil diese Partei im Gegensatz zu den anderen den Angriff damit zu verschleiern sucht, daß sie die Interessen der Arbeiterklasse und der werktätigen Bewegung repräsentiere."* Die modernen Revisionisten wenden sich zwar scheinbar gegen die sozialdemokratische Einkommenspolitik. Aber das, schreibt „Kommunist", darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Revisionisten einen reformistischen Kurs verfolgen. Vielmehr werden sie unaufhörlich versuchen, den Kampf gegen die Einkommenspolitik in reformistische Parlamentsbahnen zu führen. Doch das Parlament, schreibt „Kommunist", ist nicht der Ort, wo der Schlag gegen die Einkommenspolitik geführt werden muß, dieser Ort ist der Arbeitsplatz.

Der gewaltige Streik der Arbeiter der Königlichen Porzellan-Fabrik ist dafür ein gutes Beispiel. Bereits seit dem 17. Juni stehen die Arbeiter dieser Fabrik im Streik und kämpfen gegen die immer schärfere Ausbeutung und Lohnsenkung. In ganz Dänemark stößt dieser Kampf auf breite Sympathien. Es finden viele Solidaritätsaktionen, Streiks, Kundgebungen, Demonstrationen von Werktätigen anderer Betriebe statt. Die dänische Monopolbourgeoisie fürchtet jetzt schon, daß ihr im Frühjahr, wenn die gegenwärtigen Tarifverträge auslaufen und das Lohnstopp-Gesetz angewandt werden soll, noch größere Klassenschlachten bevorstehen.

„Es gibt", schreibt die Zeitung „Kommunist", *„zu dem Versuch, die kapitalistische Krise mittels der Einkommenspolitik zu lösen, nur eine wirkliche Alternative. Das ist der Sozialismus. Hier gibt es keinen Mittelweg."* Für diesen revolutionären Ausweg, für die proletarische Revolution und die Errichtung der Diktatur des Proletariats kämpft der KFML und schließt auf dieser Grundlage die dänische Arbeiterklasse zusammen.

Korea

Neue Provokationen der US-Besatzer

Auch nach dem schweren Zwischenfall vom 18. August, den die amerikanischen Imperialisten anzettelten und bei dem zwei ihrer Offiziere getötet wurden, setzten sie ihre Provokationen gegen die Demokratische Volksrepublik Korea fort. Alles, was sie tun, ist darauf gerichtet, eine militärische Aggression gegen die DVRK vom Zaun zu brechen und das koreanische Volk erneut mit einem Aggressionskrieg zu überziehen.

Auf Befehl des amerikanischen Präsidenten Ford drangen am 21. August über 300 amerikanische Soldaten in voller Kampfausrüstung illegal in die neutrale Sicherheitszone ein und fällten einen Baum. In einiger Entfernung hielten sich weitere 400 US-Besatzer zum Kampf bereit, die ganze Operation wurde von einem Hubschrauber aus dirigiert.

Zugleich wurden die US-Besatzungstruppen in Südkorea und Einheiten in Japan sowie die Marionetenarmee Pak-Jung-His in Südkorea in Alarmbereitschaft versetzt. Die amerikanischen Imperialisten schickten den Flugzeugträger „Midway" in die koreanischen Gewässer und verlegten 1800 weitere „marines" in den Süden Koreas. In unmittelbarer Nähe der Grenze zur DVRK führten US B-52-Kampfflugzeuge Bombenzielabwurfsübungen durch.

Damit nicht genug, traten die amerikanischen Offiziere bei den Sitzungen der gemeinsamen Waffenstillstandskommission äußerst arrogant auf, verlangten die Bestrafung der Soldaten der DRVK und verweigerten sogar die Annahme einer offiziellen Erklärung des Präsidenten der DVRK, Kim Il Sung.

In dieser Erklärung wird darauf hingewiesen, daß einzig und allein die amerikanischen Imperialisten die Verantwortung für den Zwischenfall vom 18. August und damit auch für den Tod der beiden US-Offiziere tragen. Kim Il Sung sprach gleichzeitig sein Bedauern über ihren Tod aus.

Um den Lügen der imperialistischen Presse die Wahrheit gegenüberzustellen, veröffentlichen wir hier noch einmal Auszüge aus einer offiziellen Erklärung der Nachrichtenagentur KCNA der DVRK, in der es u. a. heißt:

„Am 18. August, ungefähr um 10.45 Uhr morgens, schickten die US-imperialistischen Aggressoren plötzlich 14 Banditen, die mit Äxten und tödlichen Waffen ausgerüstet waren, um in der gemeinsamen Sicherheitszone willkürlich einen Baum zu fällen. Dieser Baum war von uns gepflanzt und seit langem gepflegt worden.

Als sie sahen, was der Feind tat, gingen vier Angehörige unseres Sicherheitspersonals zu dem Platz und erklärten dem Feind wiederholt, daß der Baum nicht willkürlich, ohne uns zu konsultieren, gefällt werden dürfte, weil er der Kontrolle unserer Seite unterliegt.

Der Feind, der von Anfang an mit dem Ziel, eine Provokation herbeizuführen, gekommen war, beleidigte, weit davon entfernt, unsere gerechte Forderung zu erfüllen, unser Sicherheitspersonal in unerträglicher Weise durch Beschimpfungen und Anspuken. Schließlich fielen sie gemeinsam über die Angehörigen unseres Sicherheitspersonals her, schlugen sie und verletzten sie durch das Werfen einer Axt. Sie rechneten dabei auf ihre zahlenmäßige Überlegenheit.

Diese kritische Situation zwang die Angehörigen unseres Sicherheitspersonals, Schritte zur Selbstverteidigung zu unternehmen. In Todesgefahr leisteten sie Widerstand gegen den Feind und warfen die Axt, die er geschleudert hatte, zurück...

Durch diesen Zwischenfall, der vom Feind provoziert worden ist, wurden fünf Angehörige unseres Sicherheitspersonals schwer bzw. leicht verletzt.

Das ist die Wahrheit über diesen Zwischenfall. Aber trotzdem verfälschen jetzt die US-Imperialisten und ihre Lakaien die Tatsachen und erwecken den Anschein, als ob wir den Zwischenfall verursacht hätten, in dem wir Äxte bei uns hatten. Aber dadurch läßt sich niemand zum Narren halten. Die Axt, die ... vom Feind benutzt wurde, ist jetzt in unserer Hand. Es handelt sich um eine in Österreich hergestellte Axt, die in den Einheiten der US-Armee benutzt wird."

Nimmt man außerdem hinzu, daß der Zwischenfall von mehreren hohen US-Offizieren geleitet wurde und sich die ganze Zeit über 100 schwerbewaffnete US-Soldaten in Bereitschaft hielten, wird klar, daß diese Provokation von den US-Imperialisten von Anfang an genauestens geplant war.

Es ist einzig und allein der entschlossenen und zugleich besonnenen Haltung der DVR Korea zu verdanken, daß den amerikanischen Imperialisten die Verwirklichung ihrer Aggressionspläne bis jetzt nicht gelungen ist. „Wenn aber die US-Imperialisten", heißt es in einem Kommentar der koreanischen Zeitung „Rodong Sinmun", „verstockt erneut einen Krieg in Korea vom Zaun brechen, werden die Offiziere und Soldaten der Volksarmee und das ganze koreanische Volk sie bis zum letzten Soldaten, der im Land stationiert ist, vernichten."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Chile

Über die Arbeit der illegalen Arbeiterkomitees

Als die faschistischen Generäle nach ihrem Putsch im September 1973 die Macht in Chile übernahmen und die Werktätigen mit blutigem Terror unterdrückten, wurden auch die Gewerkschaftsorganisationen verboten. Ausgenommen selbstverständlich diejenigen, die bereit waren, treue Diener der Mördergeneräle und des hinter diesen stehenden Imperialismus, mit dem amerikanischen an der Spitze, zu sein.

„Wir müssen Chile vor dem Chaos retten, vor dem wirtschaftlichen Ruin", usw., das waren einige der Slogans, in denen Pinochet und Co. nach ihrem Putsch den chilenischen Werktätigen Wohlstand und Glück versprachen. Die tatsächlichen „Segnungen" des Regimes zeigten sich aber schon nach kurzer Zeit. Die Vertreter der imperialistischen Monopole strömten ins Land, um die enteigneten Fabriken und Betriebe wieder in Besitz zu nehmen und die Arbeiter, die keinerlei Rechte mehr besaßen, deren Widerstand mit brutaler Gewalt unterdrückt wurde, der grausamsten Ausbeutung zu unterwerfen. Frohlockte die faschistische Zeitung „El Mercurio": *„Nordamerikanische Unternehmer äußerten sich gestern befriedigt darüber, daß in Chile, wie sie sagten, alle politischen und wirtschaftlichen Bedingungen zu Investitionen gegeben sind, weil die Regierung ideale Garantien dafür anbietet."* Die faschistische Pinochet-Clique trägt die nationalen Interessen zu Markte und hält immer mehr die Hand für das ausländische Kapital offen. Allein von ihren Washingtoner Oberherren erhielt sie kürzlich eine Anleihe von 2 Milliarden Dollar. Wie die vorher gegebenen, wird auch diese Anleihe mit Zins und Zinseszins aus den Knochen der chilenischen Werktätigen herausgepreßt werden, die zugleich der Ausbeutung durch die einheimischen Kapitalisten und Großgrundbesitzer unterworfen sind. Diese doppelte Ausbeutung lastet schwer auf den Schultern der Werktätigen, deren Lebensverhältnisse sich in den vergangenen drei Jahren immer mehr verschlechtert haben.

In Chile ist die Inflation in den ersten fünf Monaten dieses Jahres um weitere 21% angestiegen und hat jetzt die Rekordhöhe von 340%, eine der höchsten der Welt, erreicht. Die industrielle Produktion ist allein im Januar um 7,3% zurückgegangen. Zahlreiche Betriebe gehen bankrott, wodurch die Zahl der Arbeitslosen noch mehr steigt und jetzt 25% der Arbeitsfähigen ausmacht. Noch im Juni 1973, wenige Monate vor dem Putsch, hatte die Arbeitslosigkeit ca. 3% betragen. Das Regime muß selbst zugeben, daß die durchschnittliche Kaufkraft der Bevölkerung bereits zum großen Teil unter dem Existenzminimum liegt. Mit anderen Worten: Ein großer Teil der chilenischen Arbeiterklasse lebt in Elend und Not, am Rande des Hungers, oft ohne ein Dach über dem Kopf zu haben.

Angesichts dieser Lage verstärken die chilenischen Werktätigen ihren Widerstand gegen das faschistische Regime. In ihrem Kampf nutzt die chilenische Arbeiterklasse auch die von den Faschisten zugelassenen Gewerkschaftsorganisationen aus. Bei der Aufgabe, die Werktätigen im Klassenkampf für die Verteidigung ihrer von der faschistischen Diktatur mit Füßen getretenen Rechte zu mobilisieren, mißt die Revolutionäre Kommunistische Partei Chiles (RKPCh) der Arbeit in den Gewerkschaften eine besonders große Bedeutung zu.

Um die Politik der Zusammenarbeit mit der faschistischen Diktatur zu bekämpfen, die die Gewerkschaftsbosse betreiben, hat die Partei dazu aufgerufen, innerhalb der Gewerkschaften illegale Arbeiterkomitees zu schaffen. Die Aufgabe dieser illegalen Arbeiterkomitees ist es, die täglichen Aktionen der Werktätigen zu organisieren. Sie veröffentlichen und verteilen Flugblätter zur Information und Erziehung der Fabrikarbeiter, sie organisieren die Solidarität mit den Familien der Arbeitslosen und Verhafteten, und natürlich organisieren sie auch alle Arten des Kampfes der Arbeiter, angefangen von Bummelstreiks bis hin zu Streiks, obwohl diese von der faschistischen Junta verboten worden sind. All dies dient dazu, den demokratischen und antifaschistischen Kampf der chilenischen werktätigen Massen voranzutreiben.

Die Partei kämpft darum, daß diese illegalen Arbeiterkomitees nicht dabei stehenbleiben, lediglich die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiter zu führen. Im Gegenteil. Eine ihrer wichtigsten Aufgaben soll es sein, den wirtschaftlichen Kampf eng mit dem politischen Kampf zu verbinden: dem Kampf für den Sturz der faschistischen Junta und die Vertreibung der Imperialisten mit dem amerikanischen an der Spitze durch die bewaffnete nationaldemokratische Revolution.

Unter den Bedingungen, unter denen die Gewerkschaftsbewegung heute in Chile existiert, kämpft die Partei dafür, die Gewerkschaftsorganisationen zu einem wirkungsvollen Instrument des Klassenkampfes zu machen. Bei der Aufgabe, die Führung der Gewerkschaften zu übernehmen, die heute in der überwiegenden Zahl der Fälle in den Händen treuer Diener der Faschisten liegt, spielt der Kampf der illegalen Arbeiterkomitees ebenfalls eine entscheidende Rolle.

„El Pueblo", das Zentralorgan der Revolutionären KP Chiles schreibt: *„Es ist verständlich, daß die illegalen Arbeiterkomitees nicht die Gewerkschaftsorganisationen ersetzen können. Die Bildung diese Komitees hätte gar keinen Wert, falls nicht die breite Organisation existieren würde, die die Mobilisierung aller Massen ermöglicht.*

Die Arbeiterkomitees müssen stets ihre illegale Form beibehalten, sowohl vor, als auch nach jeder unternommenen Aktion. Die werktätigen Massen dürfen sich keinen Illusionen über die sogenannten Gewerkschaftsfreiheiten oder -rechte hingeben, die nur die Diktatur oder irgendeine andere Regierung anbieten könnte. Die werktätigen Massen dürfen nie die illegale Kampfesorganisierung beiseite lassen. Kein Mensch kann uns versichern, daß nach der Gewährung einiger Freiheiten, diese Freiheiten nicht wieder annulliert und verletzt werden können, was, wenn wir nicht genügend darauf vorbereitet sind, schwere Auswirkungen für das werktätige Volk haben wird."

Die zahlreichen Streiks in der Metallindustrie, der Textil-, Schuh- und anderen Industrien, die auf diese Weise organisiert werden konnten, zeigen die Richtigkeit dieser Linie. **Die Revolutionäre KP Chiles hat deshalb ihre Parteimitglieder, alle Arbeitergenossen aufgerufen, die Arbeit der illegalen Arbeiterkomitees weiter zu verbessern, neue ins Leben zu rufen und immer mutigere und kämpferischere Aktionen im Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Rechte und für die Zerschlagung der faschistischen Diktatur zu unternehmen.**

Azania

Buthelezis Banden im Dienst Vorsters

In Azania dauern die antirassistischen Streiks und Demonstrationen an. Tausende von Einwohnern Sowetos demonstrierten am 23. August und riefen zahlreiche Losungen, in denen sie die Gewalt- und Terrorakte des rassistischen Regimes verurteilten.

Am 24. August legten die Arbeiter zahlreicher Betriebe in Johannesburg die Arbeit nieder und traten in den Streik. An diesem Streik beteiligten sich, den sicher untertriebenen Angaben des Regimes zufolge, mindestens 250000 afrikanische Arbeiter. Gegen die streikenden Arbeiter und die Einwohner von Soweto, die sich zu machtvollen Demonstrationen versammelt hatten, wurden Hunderte bis an die Zähne bewaffnete und von Panzerfahrzeugen unterstützte Polizisten und Soldaten eingesetzt. Sie eröffneten das Feuer und töteten mindestens einen Demonstranten und verletzten sechs weitere. Am Bahnhof von Soweto versuchten Einheiten der rassistischen Polizei, Streikbrechern eine Gasse zu bahnen. Die streikenden Arbeiter und andere Demonstranten kämpften mutig gegen die Polizei, die in mehr als drei Fällen Waffen gegen die Afrikaner einsetzte. Die Kämpfe in Soweto und anderen Teilen des Landes setzten sich auch in den folgenden Tagen fort. Als am 25. August Jugendliche in Soweto Straßensperren errichteten, eröffnete die Polizei erneut das Feuer. In Kapstadt trieben die faschistischen Banden der Polizei mit Tränengas eine Demonstration von Kindern auseinander.



So wie hier in Johannesburg streikten Hunderttausende von afrikanischen Arbeitern im ganzen Land

Um die machtvollen Kämpfe des Volkes von Azania zu unterdrücken und zu brechen, setzt das Faschistenregime aber nicht nur auf den Terror seiner Polizei, sondern auch auf die konterrevolutionäre, volksfeindliche Arbeit der Verräter in den Reihen des Volkes, die mit dem Rassistenregime zusammenarbeiten. So erschienen in den letzten Tagen Meldungen in den bürgerlichen Zeitungen, daß über 1000 Angehörige des Zulu-Stammes gewaltsam gegen die streikenden Arbeiter und demonstrierenden Jugendlichen gekämpft haben und über zehn Demonstranten töteten. *„In Soweto fallen jetzt die Schwarzen übereinander her"*, hetzte Springers „Welt" in faschistischer Manier. Was aber steckt wirklich dahinter?

Augenzeugenberichten zufolge haben sich 1000 Zulus hinter den Polizeitruppen gesammelt, die ihre Angriffe deckte und teilweise sogar dirigierte. **Kein Wunder, wenn man weiß, daß es sich bei diesen Zulus um Banden des „Häuptlings" Buthelezi handelte, der seit langem ein Lakai Vorsters ist.** Unter anderem unterstützt Buthelezi aus ganzem Herzen die rassistische Politik Vorsters, die Afrikaner in die sogenannten „Homelands" einzupferchen, wo sie, wie in den KZs Hitlers vegetieren müssen. In einem anderen Kommentar der „Welt" wird das ganz offen enthüllt. Dort heißt es: *„Daher schickt er* (Buthelezi — RM) *seine Leute, in Bürgerwehren zusammengeschlossen, an die Streikfront, um gemeinsam mit der Polizei dafür zu sorgen, daß Arbeitswillige weiterhin arbeiten dürfen."* In der Tat ein „kostbares Gut" für das Rassistenregime!

Das Volk von Azania läßt sich aber weder durch den Terror des Rassistenregimes noch den seiner Lakaien von seinem gerechten Kampf, der das Regime bereits bis in seine Fundamente erschüttert, abhalten.

Namibia

"Verfassungskonferenz" - ein Schwindel Vorsters

Die amerikanischen Imperialisten und das rassistische Vorster-Regime in Pretoria verstärken ihre Anstrengungen, den Befreiungskampf des Volkes von Namibia abzuwürgen und zu unterdrücken.

Gerade in diesen Tagen machen die Rassisten viel Lärm um die Beendigung der sogenannten „Verfassungskonferenz", eine Konferenz, die auch die volle Unterstützung des amerikanischen Imperialismus genießt, wie Kissinger kürzlich bekräftigte. Angeblich soll diese Konferenz der Weg sein, um dem namibischen Volk den Weg zur Unabhängigkeit und Freiheit zu öffnen. In Wirklichkeit jedoch handelt es sich um ein Komplott des Rassistenregimes mit einer Gruppe von Verrätern, handelt es sich darum, dem namibischen Volk eine Marionettenregierung von Gnaden Vorsters und des USA-Imperialismus aufzuzwingen. Das zeigt sich schon allein daran, daß die wirklichen Befreiungskämpfer von dieser Konferenz ausgeschlossen sind und nach wie vor grausam verfolgt und unterdrückt werden. Im übrigen, welches Recht hat eigentlich das rassistische Regime in Pretoria, Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias zu führen? Das ist eine Frage, die allein das namibische Volk angeht. Deshalb liegt klar auf der Hand, daß Vorster mit dieser Konferenz Spaltung säen will und das Volk von Namibia dazu bringen möchte, die Waffen aus der Hand zu legen. Wie wenig das rassistische Regime daran denkt, sich aus Namibia zurückzuziehen, wird auch aus den letzten Erklärungen seines Kriegsministers klar. Er sagte, daß die südafrikanischen Rassisten überhaupt nicht daran dächten, ihre Truppen aus Namibia zurückzuziehen, solange es das Volk nicht wünsche. Wobei er mit dem „Volk" die von den südafrikanischen Rassisten aufgepäppelten Lakaien meinte, die sich an der sogenannten „Verfassungskonferenz" beteiligen. Die werden sich allerdings hüten, einen Abzug der südafrikanischen Truppen zu fordern, der zugleich auch ihr Ende bedeuten würde.

Denn das Volk von Namibia hat seine wirklichen Überzeugungen und Wünsche längst auf dem Schlachtfeld bekundet. Am bewaffneten Kampf, den es, geführt von seinen Befreiungsorganisationen, führt, sind bislang alle Manöver und Komplotte seiner Feinde zerschellt. Im Vertrauen auf die eigenen Kräfte wird das Volk von Namibia mit dem Gewehr in der Hand seine wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit erringen und seine Heimat befreien.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00- 6.30	41 und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht	9,26 MHz (KW)
41 m entspricht	7,23 MHz (KW)
50 m entspricht	5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca.	1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

19.00-20.00	31,7 m, 42,7 m und 38,5 m (KW)	31,7 m entspricht	9,46 MHz (KW)
		42,7 m entspricht	7,01 MHz (KW)
21.00-22.00	ebenso	38,5 m entspricht	7,78 MHz (KW)

Keine 70 km vom Ruhrgebiets-Zentrum entfernt

Mitten im brennenden Waldgebiet Atomwaffen!

Mitten im Naturschutzgebiet Schwalm-Nette, an der niederländisch-westfälischen Grenze, wo ein riesiger Waldbrand wütete, liegt das größte Munitionslager der britischen Besatzerarmee. Erwähnten die Zeitungen das Feuer um das Munitionsdepot in einer kurzen Notiz, so wurde die ungeheure Gefährdung der Bevölkerung lediglich im Schlußsatz der Notiz erwähnt: „In dem Depot der Rhein-Armee lagern auch Atomwaffen." („WAZ", 24. 8.) Doch die britische Armee suchte selbst das noch herunterzuspielen: Es habe zu keinem Zeitpunkt für die Bevölkerung Gefahr bestanden. Ein Atomwaffendepot inmitten eines Waldbrandes — keine Gefahr für die Bevölkerung? Da solch dummdreiste Lügen auf wenig Glauben stoßen, wurde sogleich noch ein



Mitten in diesem lodernden Waldbrand liegt das Waffendepot der britischen Imperialisten, in dem auch Atomsprengköpfe lagern.

Dementi hinzugefügt, ganz nach der Methode, ein kleineres Verbrechen eingestehen, um ein größeres zu dekken: Nicht im Brandgebiet würden Atomwaffen der britischen Rheinarmee lagern, sondern sechs Kilometer weiter auf einem Militärflugplatz der britischen Besatzer. Dort also auch! Und ganz nebenbei war noch zu erfahren, daß ebenfalls bei Grefrath vor Krefeld (223000 Einwohner) weitere Atomsprengköpfe lagern — keine 50 Kilometer vom Herzen des Ruhrgebiets entfernt. Und all das soll „keine Gefahr" bedeuten? Für wie dumm halten die eigentlich die Bevölkerung?

Die Wahrheit von „Abrüstung und Entspannung" ist eben nicht, daß die Atomwaffen abgebaut, sondern daß sie überall im Land im Rahmen der NATO in wachsenden Mengen gehortet werden, daß nicht der „Frieden sicherer" wird, sondern die Kriegsvorbereitungen ständig umfassendere Ausmaße annehmen. Natürlich wahren die westdeutschen Imperialisten darüber strenges Stillschweigen, da sie genau wissen, daß die Werktätigen sich um so mehr zum Kampf erheben werden, je genauer sie über die Atomaufrüstung am Rande der Großstädte informiert sind. Daß diese Atomaufrüstung hinter dem Rücken des Volkes geschehen soll, zeigt nur um so klarer, daß dies gegen die Interessen des Volkes geschieht. Ob in den Händen der russischen Sozialimperialisten oder in den Händen der NATO und der westdeutschen Imperialisten — diese Atomwaffen dienen nicht dem Schutz des Volkes, sondern sie sind für den Einsatz in dem Ringen der Imperialisten um Vorherrschaft bestimmt, in dem für die Interessen des US-Imperialismus und des westdeutschen Imperialismus unser Leben aufs Spiel gesetzt wird. Der Waldbrand in Brügge zeigt in aller Klarheit: Diese Atombomben, die am Rande des Ruhrgebiets stationiert sind, deren Abschußrampen sich sogar inmitten des Ruhrgebiets wie z. B. am Stadtrand von Recklinghausen in der Haard befinden, sind nicht nur hinsichtlich des drohenden imperialistischen Krieges, sondern auch jetzt bereits für die Bevölkerung eine direkte Gefahr, gegen die der Kampf geführt werden muß.

In diesem Kampf gilt es einmal, für den Abzug aller ausländischen Truppen samt ihren Atomwaffen aus ganz Deutschland — im Osten wie im Westen zu kämpfen, wie auch gegen den westdeutschen Imperialismus, der im Rahmen der NATO eine immer wildere Aufrüstung betreibt.

Fischsterben in der Weser

Klöckners "Betriebsgeheimnis"

Am 16. August gab es in der Unterwesermündung ein neues großes Fischsterben, direkt auf der Höhe des Hafens der Klöckner-Stahlwerke. Es war morgens gegen sieben Uhr, als plötzlich die Fische aus dem Wasser emporschnellten und nach Luft schnappten. „Die schienen verrückt zu spielen", berichtete ein Zeuge. „Wie elektrisiert versuchten sie dem Wasser zu entkommen und die Uferböschung zu erreichen." Der Grund wurde einen Tag später nach einer Untersuchung des Wassers bekannt: In die Weser waren größere Mengen einer ätzenden Säure geleitet worden. Zentnerweise trieben die toten Fische von der Höhe des Klöckner-Hafens mit dem Ebbstrom den Fluß hinunter. Trotz aller „Bemühungen" konnten die Bremer Behörden den Schuldigen nicht finden, weil die Säure-Abwässer direkt vor dem Klöcknerhafen festgestellt wurden. Das ist unlogisch? Keineswegs!

Seit 1957, als Klöckner die Produktion an der Weser aufgenommen hat, werden die giftigen Klöckner-Abwässer in die Weser geleitet. Neben Schwefelverbindungen sind dies vor allem hochgiftige Zyanide (Blausäure-Verbindungen). Diese Gifte sind derart gefährlich, daß eine Konzentration von 1 Milligramm je Liter niedere Organismen schädigt, zwei Milligramm je Liter bereits Fische töten. Wie hoch die tatsächliche Konzentration des Giftes in Klöckners Abwässern ist, ist nur dunkel zu erahnen: Als die Stadt vor 5 Jahren Klöckner in einem Abkommen 5 Milligramm je Liter (!) zugestehen wollte, hat Klöckner das bis auf den heutigen Tag entschieden abgelehnt.

Seither, obwohl vierteljährlich Stichproben am Abflußrohr von Klöckner entnommen werden, weiß man offiziell bei den Behörden des Wasser- und Schiffahrtsamtes nichts darüber, wie hoch der Giftgehalt der Klöckner-Abwässer ist. Und Senatsdirektor Kaphust hat auch eine Begründung dafür zur Hand: „Weil das Betriebsgeheimnis von Klöckner ist".

Ist doch klar, ein „Betriebsgeheimnis" darf nicht gelüftet werden, also

Aber wer daraus den Schluß zieht, daß die Bremer Behörden nichts gegen die Umweltverbrechen tun, der irrt sich allerdings. Erst kürzlich soll ein solcher Verbrecher mit einem Bußgeld belegt worden sein, weil er gegen das neue Umweltschutzgesetz verstoßen hat. Er hatte eine leere Zigarettenschachtel weggeworfen. Wer aus all dem nun wiederum den Schluß zieht,



Tausende Zentner Fisch, Brassen, Zander und Aale sterben alljährlich in den Flüssen, die durch die giftigen Abwässer der Konzerne immer mehr zu toten, stinkenden Kloaken werden.

weiß man nichts über Klöckners Giftabwässer, also kann man gegen diejenigen, die die Weser vergiften, nicht vorgehen, sondern muß stattdessen mit Millionen Steuergeldern, die den Werktätigen abgenommen werden, Sauerstoff in die Weser blasen, um den Fluß trotz Vergiftung am Leben zu erhalten.

der kapitalistische Staatsapparat ist nicht mehr als eine Abteilung des Monopolkapitals, die die Interessen der Klöckner, BASF und Thyssen vertritt und deren Verbrechen wie ein „Betriebsgeheimnis" zu hüten hat, ja der muß nach § 90a mit einer Bestrafung wegen „Verächtlichmachung der Bundesrepublik und ihrer Organe" rechnen.

"USA - das Land der Rekorde"

2 Schwerverbrechen pro Minute

Das Land der Rekorde, wie die US-Imperialisten ihr Land stets gern bezeichnen, hat einen erneuten Rekord aufzuweisen: Es steht nicht nur bei der Arbeitslosigkeit und der Massenarmut an der Spitze der imperialistischen Länder, sondern es gibt dort auch die meisten Gewaltverbrechen. Wie das FBI verlauten ließ, wurde **1975 in den USA alle 31 Sekunden ein Mord, Überfall oder eine Vergewaltigung begangen.** Die Zahl der Schwerverbrechen in den USA ist gegenüber dem Vorjahr um zehn Prozent auf 1,3 Millionen gestiegen. Das heißt soviel wie: Jeder zweihundertste Amerikaner wurde ermordet, überfallen oder vergewaltigt!

Ob es dort an Polizei mangelt? Im Gegenteil. Aufrüstung und Umfang des Polizeiapparates sind noch nie so groß gewesen. Dennoch beträgt die Aufklärungsquote bei den Schwerverbrechen nur 20%. Auch in den USA dient die Polizei eben nicht dazu, die Bevölkerung vor Verbrechen zu schützen, sondern die werktätige Bevölkerung, insbesondere die Schwarzen, zu unterdrücken. All die Morde und Verbrechen, Überfälle und Gewalttaten der US-Polizei, die gegen den Kampf der Werktätigen, insbesondere der schwarzen Bevölkerung, begangen werden, sind dabei natürlich nicht in der FBI-Statistik erfaßt. Je verbrecherischer der Imperialismus, desto höher die Kriminalität; denn ob Mörder, Räuber oder Gewaltverbrecher — sie alle sind nur die kleinen Brüder der wirklich großen Verbrecher, der Kapitalisten.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 300526

4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. ......

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML:

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags ROTER MORGEN bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12, 14-18 Uhr, Sa 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 68 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10. Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

O Ich möchte besucht werden

O Ich bitte um Informationsmaterial

(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

51 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

48 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do u. Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

463 Bochum, Buchladen „Roter Morgen" Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13 Uhr.

28 Bremen (Walle), Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Do u. Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

41 Duisburg 1, (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Mi u. Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.00-18.30, Sa 9-14 Uhr.

23 Kiel 14 (Gaarden), „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Di-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

24 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 76939. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

44 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.